

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ost- und Westpreußen, Danzig, Ost- und Westfalen, Ost- und Westfalen, Ost- und Westfalen...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauentimme“, „Der Rüber“, „Jugend-Vorwärts“ und „Blick in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 25. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertriebsstellen: Berlin 37 538 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 100, Berlin 1.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig. Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig. Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig. Die einseitige Kopierleistung 10 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Hermann Müller über Verständigungspolitik. Abrechnung mit den Deutschnationalen. - Vorwürfe gegen den Reichswehrminister. - Eine Erklärung Geßlers.

Die außenpolitische Debatte im Reichstag ist gestern weitergeführt worden. Diese Debatte ist keine Kampfdebatte. Die Angriffe der Deutschnationalen gegen die Außenpolitik der Regierung waren gestern etwas schärfer nuanciert als am ersten Tag - Herr v. Freitag-Doringhoven als Vertreter der schärferen Tonart der Deutschnationalen liebt schärfere Worte als Herr Hoeßlich - aber hinter den stärkeren Worten stand ebenso wenig wie bei Herrn Hoeßlich der politische Wille zu einem entschiedenen Kurswechsel der Außenpolitik.

Die Deutschnationalen haben sich wohl gehütet, in dieser Debatte ihr Agitationsbedürfnis zu übersteigern, denn unausgesprochen und doch von jedem gefühlt, ging durch die ruhigen Auseinandersetzungen im Reichstag die große Alternative: hier die Politik des Friedens und der Verständigung, dort die Befreiung des Rheinlandes und des Saargebiets, dort die wahnwichtigen Illusionen der nationalistischen Aktivistinnen, denen sich die Deutschnationale Partei in ihrer Agitation im Lande nur zu oft und nur zu weit angenähert hat.

Parteipolitisch kommt diese große Alternative zum Ausdruck in dem Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den Deutschnationalen. Die Sozialdemokratische Partei hat die Politik des Friedens und der Verständigung, deren Früchte heranreifen, von Anfang an gefordert und gefördert. In der gestrigen Reichstagsdebatte hat Genosse Hermann Müller das Wesen und die Ziele dieser Politik in großen Zügen ausgedrückt. Liegt es auch im Wesen dieser Debatte, die im Grunde genommen nur einer Zwischeninformation des Parlaments dient, daß neue Gesichtspunkte nicht hervortreten können und nur Bekanntes wiederholt wird, so erhielt die Rede des Genossen Müller ihre große Bedeutung durch die starke Stellung, die der Gang der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und ihren außenpolitischen Gesichtspunkten gegeben hat. Ruhig und überlegen zeigte er die Ziele: die Befreiung des Rheinlandes, der sich alles unterordnen muß, die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland, die deutsch-französische Verständigung, die Notwendigkeit der allgemeinen Abrüstung. Seine Rede lehrt, wo wir stehen: Europa entwickelt sich zum Frieden, der nur durch die Verständigung gefunden werden kann. Die Illusionen der französischen Nationalisten brechen ebenso zusammen wie die Illusionen der deutschen Nationalisten. Mit großem Geschick verglich Genosse Müller die Illusion des Poincarismus mit den Illusionen der Deutschnationalen.

Vom Standpunkt dieser ruhigen Ueberlegenheit aus, die uns das Bewußtsein verleiht, daß die Geschichte uns recht gegeben hat, setzte sich Genosse Hermann Müller mit den Deutschnationalen auseinander. Mit beifühendem Sarkasmus rechnete er ihnen vor, daß sie mit ihrer sogenannten nationalen Opposition im Grunde genommen nur Zeitungsmanöver betreiben und den Nachweis führen, daß sie das Reisezeugnis für ihren Eintritt in die Regierung noch nicht erbracht haben.

Zugleich führte er eine ruhige, aber sehr entschiedene und notwendige Polemik gegen den Reichswehrminister. Die gemäßigte Sprache dieser Polemik nimmt den Vorwürfen, die er erhob, nichts von ihrer Härte. Die Tatsache, daß der Reichswehrminister seine Versprechungen vom Jahre 1920 nicht durchgeföhrt hat, hat dazu beigetragen, daß die außenpolitischen Schwierigkeiten, denen die Durchführung der Politik der Verständigung begegnet ist, überaus groß gewesen sind. Der Kampf um die Verständigungspolitik mußte durchgeföhrt werden, nicht nur gegen die Demagogie der Nationalisten, sondern zugleich gegen die Hemmungen, die von dem Herandrängen der Nationalisten an die Reichswehr und von der Schwäche des Reichswehrministers ausgegangen sind. Ein schwererer Vorwurf gegen den Reichswehrminister kann kaum erhoben werden. Genosse Müller hat am Schluß dieser Polemik angekündigt, daß damit die Auseinandersetzung mit dem Reichswehrminister keineswegs zu Ende ist, er hat auf die praktischen Maßnahmen verwiesen, die bei der Gestaltung des Etats ergriffen werden müssen, um dem gefährlichen Unfug der Verbindung von Wehrverbänden mit der Reichswehr einen Riegel vorzuschieben.

Diese Auseinandersetzung rief eine Erklärung des Reichswehrministers Geßler hervor. Wenn sich diese Erklärung im Praktischen auch in nichts von den Erklärungen unterschied,

die Herr Geßler bisher abgegeben hat, so zeichnete sie doch ungewollt die andere Seite der großen außenpolitischen Alternative. General Batter, der nach den Worten des Reichswehrministers im Jahre 1923 die jungen Leute im Ruhrgebiet vor die französischen Maschinengewehre treiben wollte, ist der Typ des wahnwichtigen, nationalistischen Aktivistinnen, der eine Politik der Befreiung durch Verständigung ablehnt, weil sie die Freiheit durch den Frieden und nicht durch Krieg und Waffengewalt herbeiföhrt.

Die außenpolitische Debatte ist aus deutschnationalem Agitationsbedürfnis herbeigeföhrt worden. Sie hat die deutschnationale Agitation gründlich zerföhren. Der Kontrast gegenüber dem nationalistischen Treiben wird jedem Deutschen die Notwendigkeit der Politik des Friedens und der Verständigung eindringlich vor Augen führen.

Im Reichstag hatte gestern die kommunistische Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister und eine Interpellation wegen des Verkaufs der „DZ“ eingebracht. Ein Zusatzabkommen zum deutsch-litauischen Handelsvertrag wird den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und saarländischer Industrien, der deutsch-polnische Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse sowie das Abkommen über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der freien Stadt Danzig andererseits, werden in 2. und 3. Lesung ohne Aussprache angenommen.

Aussprache über die auswärtige Politik.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsh. Bgg.) erklärt, daß seine Fraktion auswärtige und innere Politik nicht miteinander verquiden wolle. Aus der gestrigen gemäßigten Rede des Abg. Hoeßlich konnte gefolgert werden, daß die Deutschnationalen bald in die Regierung aufgenommen werden möchten. Als der Redner den Reichsaußenminister angriff, weil die Deutsche Volkspartei während des sächsischen Wahlkampfes ein gemeinsames Flugblatt gegen die Wirtschaftliche Vereinigung verbreitet habe, schlägt Stresemann auf den Tisch und ruft entrüstet: „Ich mache doch nicht die Flugblätter für Sachsen.“

Der Redner kommt schließlich auf die Zustände im besetzten Gebiet zu sprechen, die leider durch Thoiry gar nicht gebessert worden seien. Die Regierung müsse versuchen, mehr für die rheinische Bevölkerung zu erreichen.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

stellt fest, daß der deutschnationale Redner Abg. Hoeßlich sich bemüht habe, möglichst wenig Geräusch zu machen. Um so unverständlicher ist es, daß eine Partei, das ergab sich aus dieser Rede mit aller Deutlichkeit, die in die Regierung hinein will, eine Interpellation einbringen kann, in der sie Rechenschaft von den Personen verlangt, die für die Besetzung der deutschen Botschaft in Washington verantwortlich sind. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die Deutschnationalen das notwendige Reisezeugnis für den Eintritt in die Regierung noch nicht besitzen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Nachdem der Reichsaußenminister selbst erklärte, daß er gar nicht daran denke, diese Personen zur Rechenschaft zu ziehen, werden die Deutschnationalen ja wissen, welche Konsequenzen sie aus diesem Verhalten des Ministers zu ziehen haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Reichsminister der übrigen Ihrer (nach rechts) Weltanschauung sehr nahe steht, wissen muß, was er zu tun hat, wenn er die deutschen Interessen in Amerika wahrnehmen will. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Reduzierung, die er dem amerikanischen Feiertag erweist, nicht im geringsten die Würde des deutschen Volkes verleiht. Er wird wissen, daß die Amerikaner solchen Provolationen, wie Sie (nach rechts) ihm hier zumuten, nicht zugänglich sind. Die Amerikaner sind nicht so militaristisch veranlagt, daß sie bei solchen Gelegenheiten an den Krieg denken, sie denken an ihrem Feiertag auch nicht an den Sieg. Trotzdem alles zu Gold gemorden ist, was sie mit ihren Händen berührt haben, haben sie von den europäischen Geschichten genug. Uebrigens war der 11. November gar nicht der Tag, an dem die militärische Niederlage besiegelt worden ist. Wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, der wußte schon im August Bescheid.

Wenn Hoeßlich damals schon dem Reichstage angehört und gesehen hätte, welches Geschick Graf Westarp gemacht hat, als Vorkämpfer abgefallen war, so hätte er von diesem Geschick ablesen können, daß die militärische Niederlage Deutschlands bereits besiegelt war.

Wir haben deshalb gar keine Ursache, die deutschnationale Interpellation ernst zu nehmen als sie gemeint ist. Sie ist nur ein Zeitungsmanöver. Man möchte förmlich Angst davor bekommen, wie schlimm es dem deutschen Volke gehen würde, wenn die Deutschnationalen nicht mehr von draußen Opposition

machen. Dr. Hoeßlich hat allerdings angekündigt, daß sie dann von drinnen Opposition machen werden. Ich glaube auch nicht, daß es großen Eindruck auf die Mittelparteien gemacht hat, als Dr. Hoeßlich seine Partei als das Gewissen der Nation bezeichnete. Denn dieses Gewissen hat in den außenpolitisch schwierigen Zeitpunkten der Nation nicht immer funktioniert, die deutschnationale Partei war dann zu 50 Proz. für Gewissen und zu 50 Proz. für Gewissenlosigkeit (Stürmische Heiterkeit). Ich weiß auch nicht, ob Herr Hoeßlich jetzt die gesamte deutschnationale Fraktion vertreten hat (Zuruf von den Deutschnationalen: Ja wohl!) Wir sehen nämlich auf der Rednerliste auch noch Herrn v. Freitag-Doringhoven, der am 5. Oktober in Brandenburg in einer Rede über den Völkerbund erklärt hat:

„Die Völkerbundspolitik der Schwäche muß die deutschnationale Partei aus heftigste bekämpfen und gegen eine Angleichung an den Erbfeind wird sie sich mit aller Macht stemmen.“

Bei Herrn Hoeßlich hat man von einem solchen Stempeln gegen den Erbfeind nicht das geringste gemerkt. Ludendorff hat während der sächsischen Landtagswahlen von jüdischen, römischen und freimaurerischen Einflüssen in der deutschnationalen Partei gesprochen (Heiterkeit). Auch die heutige „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ sind nicht ganz damit zufrieden, wie hier die deutschnationalen Interessen vertreten worden sind. Bei der gestrigen Rede haben wir das Gefühl gehabt, daß Herr Hoeßlich, der von Stresemann nach Genf eingeladen worden war, wahrhaftig gern mitgegangen wäre, wenn ihm das nicht vom Grafen Westarp verboten worden wäre. (Heiterkeit.) Selbst Minderbegrabte erkennen, daß die Deutschnationalen diese Art Politik nur deshalb betreiben, weil es die Landwirtschaft verlangt, daß Politik in ihrem Sinne getrieben werde. Das ist der treibende Faktor bei dem Umfall, den die Deutschnationalen in der Außenpolitik vorgenommen haben. (Widerspruch rechts.) Der Graf Kalckreuth hat das doch deutlich genug zu erkennen gegeben! Nun hat Herr Hoeßlich weiter gemeint, man könne mit der jetzigen Außenpolitik zufrieden sein, weil sie die Formeln akzeptiert habe, die die Deutschnationalen vorgetragen hätten. Er hat nur vergessen, daß gerade bei diesen Formeln immer ein Kompromiß dabei gewesen ist, und das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

Ich glaube, daß meine Fraktion viel mehr Recht hat, zu behaupten, daß die Politik, wie sie die Reichsregierung nach außen betreibt, von ihr vorgezeichnet worden ist. (Sehr richtig! bei den Bolschewiken.)

Die Politik von Genf konnte nur gemacht werden, weil wir sie in diesem Hause schon seit Jahren unterstützt haben. Draußen im Lande ist jetzt mehrfach behauptet worden, daß ein Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Politik bestehe. Man sagt uns nach, wir hätten früher Erfüllungspolitik betrieben, jetzt aber handle es sich um Befreiungspolitik, als ob es nicht selbstverständlich wäre, daß jede Verständigungspolitik Befreiungspolitik ist. Wollen Sie (nach rechts) aber bestreiten, daß auch diese Befreiungspolitik nichts anderes als Erfüllungspolitik ist? Soll ich Ihnen die Zahlen vorlesen, die mit dem Dawesplan verbunden sind? Wenn das keine Erfüllungspolitik ist, so weiß ich nicht, was überhaupt eine solche ist, und diese Erfüllungspolitik ist doch mit Ihrer Hilfe gemacht worden. (Sehr richtig! links.) Hier kann man sagen: Zahlen beweisen! Wir bedauern allerdings, daß diese Politik erst so spät durchgedrungen ist, daß sie so spät Früchte getragen hat. Das lag nicht zuletzt auch an Frankreich. Poincaré hat in seiner Rede zu Bar-le-Duc am 27. September behauptet, Frankreich habe niemals eine Politik des Hasses und der Rantüne zu treiben verstanden. Diese Behauptung ist falsch. Eine solche Politik ist bis zum Jahre 1923 von den maßgebenden Politikern in Frankreich getrieben worden. Ich möchte überhaupt wissen, wie man den Versailles Vertrag anders erklären kann, als wie eine Wirkung von Haß und Rantüne. Das Entschuldigende aber ist, daß in der französischen Politik durch die Wahlen vom Mai 1924 ein Umschwung eingetreten ist, daß dadurch die Politik der Verständigung und Befriedigung ermöglicht wurde, oder um es anders auszudrücken,

daß die Franzosen weit früher vernünftig geworden sind als die Deutschnationalen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Viele deutschnationale Wähler, die vorher den Völkerbund als ein Teufelswerk betrachtet haben, haben jetzt sicher eingesehen, daß sie ihn ganz falsch beurteilt haben. Somit ist sicher, daß die Deutschnationalen sich den Lauf der Politik im Jahre 1926 ganz anders vorgestellt haben, als er tatsächlich gewesen ist. Ich habe bereits früher gesagt, daß dieser Völkerbund unterem Ideal nicht entspricht, und wenn meine Fraktion immer wieder für den Eintritt in den Völkerbund gewesen ist, so haben wir das getan in der Auffassung, daß er nur von innen heraus reformiert werden kann und nicht dadurch, daß man nach Art der deutschnationalen Opposition von draußen macht. Wir arbeiten, und das sagen wir den Kommunisten, in dieser Beziehung sogar mit Kapitalisten zusammen, denn in allen Ländern der Welt gibt es Kapitalisten, die eingesehen haben, daß selbst vom privatkapitalistischen Standpunkt aus gesehen die Wiederholung eines Weltkrieges ein sehr schlechtes Geschäft für

... sie sein würde. Auch in Frankreich hat man allmählich eingesehen, daß der Satz, den der französische Finanzminister Klotz feierlich geprägt hat: „Le Boche payera tout“, d. h. „Der Deutsche wird alles bezahlen“, in Wirklichkeit nichts anderes war als die Annonce eines Traumes, der sich nicht erfüllen konnte, der inzwischen längst ausgeträumt ist. Frankreich ist auch nicht deshalb der Verständigungspolitik geneigter geworden, weil man dort vor den Deutschen Angst hat, wie es in manchen „vaterländischen“ Kreisen behauptet wird. Der Redner zitiert einige Stellen aus einem Artikel des Generalmajors Grafen v. d. Goltz in einer deutsch-nationalen Zeitung vom 10. Oktober d. J., worin behauptet wird, daß Frankreich vor dem wirtschaftlichen Ruin stehe, aus dem Sieger werde ein Besiegter werden, Frankreich stehe vor einer Revolution und Deutschland vor der Freiheit. (Heiterkeit.) Das ist die gleiche Illusion, die diese Kreise während des ganzen Weltkrieges gehabt haben. So einfach ist das nicht, wie sich der Herr Graf das vorstellt. Wir wollen mit aller Deutlichkeit feststellen, daß wir auch vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus am Ruin Frankreichs ebenso wenig ein Interesse haben, wie am Ruin Rußlands, der tatsächlich eingetreten ist. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Wenn da drüben alles solcher wäre, so würden Sie (zu den Kommunisten) uns doch auch einmal mitnehmen, damit wir uns die Reichsrente ansehen könnten. (Heiterkeit.) Der Friede Europas, das ist der große Gedanke von Thoiry und wir wollen feststellen:

Wirtschaftlich können Deutschland und Frankreich ohne Hilfe Amerikas nicht gedeihen, aber politisch können sie gedeihen, wenn sie nur wollen, und dazu ist Thoiry ein guter Anfang.

Ich verstehe es wohl, wenn Briand und Stresemann sich bei der Unterhaltung in Thoiry zum Ziele gesetzt haben, eine Lösung im ganzen zu versuchen, denn jede Halbheit führt das Ziel der Befriedung Europas. Genf und Locarno waren in diesem Sinne ein Anfang. Ich glaube, rein politisch gesehen, ohne jede Verknüpfung mit den großen weltwirtschaftlichen Fragen kann diese Politik von Thoiry sich nur dann voll auswirken, wenn man sich klar darüber ist, was sie letzten Endes bedeutet. Ich möchte hervorheben, daß die politische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nur möglich ist, wenn man sich in Deutschland völlig darüber klar ist, daß Locarno den endgültigen Verzicht auf Elsass, Lothringen bedeutet. Ich freue mich, daß Sie (nach rechts) keinen Widerspruch erheben. Auf der anderen Seite erscheint es selbstverständlich, daß auch die Franzosen ein für allemal auf ihren historischen Drang nach dem Rhein verzichten müssen. (Sehr wahr!) Ich glaube, den Franzosen kann das heute sehr leicht fallen. Sie haben bis 1923, insbesondere während der Zeit des Ruhrkampfes, alle im besetzten Gebiet vorhandenen Soldaten gesammelt und durch solche aus den umliegenden Dörfern noch vermehrt, um ihre separatistischen Gelüste durchzuführen. Sie sind elend gescheitert an dem Willen der rheinischen Bevölkerung, die allzeit bei Deutschland bleiben will. Wenn auf beiden Seiten auf territoriale Erweiterungen verzichtet wird, dann ist der Friede am Rhein gesichert. Eine endgültige Befriedung am Rhein kann sich gegen niemand richten, zumal England und Italien ihre Garantien sind. Schon darum kann in dieser Politik keine Spitze gegen die englische und italienische Politik liegen, obwohl die italienische Regierung seit Jahr und Tag einen Herd der Unruhe in Europa bildet. Mussolini studiert ja die Reden Wilhelms II. und gibt sie bruchstückweise von sich (Heiterkeit). Aber ich glaube, daß die italienischen Arbeiter nicht die geringste Lust haben, sich für Mussolinis Politik auf die Schlachttaxe führen zu lassen. Angesichts der schwebenden Schiedsgerichtsverhandlungen zwischen Deutschland und Italien möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß auch in Deutschland kein zurechnungsfähiger Mensch an eine deutsch-italienische Verständigung denkt, die ihre Spitze gegen Frankreich richtet. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Für uns ist es selbstverständlich, daß eine Verminderung der Truppen am Rhein, so notwendig sie ist, nicht das Wesentliche ist, sondern die völlige Räumung der Rheinlande und der Pfalz. Die Rheinprovinz muß wieder voll unter die deutsche Souveränität kommen. Das jetzige Regime im Rheinland wird immer der Politik der Verständigung abträglich sein, immer wieder werden sich Zwischenfälle ereignen, wie die von Germersheim. Aber ich erwarte auch, daß die Befriedungspolitik nicht durch eine Feiertagspolitik gestört wird, wie sie in der Pfalz beliebt wird, wo erst kürzlich das 50jährige Jubiläum eines bayerischen Regiments gefeiert wurde, bei dem die Leute mit ihren alten Uniformen herumzogen und zum Schluß sogar sangen: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen. Das kann nicht zur Befriedung dienen. Am 19. September wurde sogar gegenüber von Speyer auf der anderen Seite ein sogenannter deutscher Tag gefeiert. Das ist doch nur ein Tag zum Saufen und Handballern, wie die alten Germanen taten,

die am Ufer des Rheins lagen und immer noch eins tranken. Die unruhigen Provokationen der Besatzung, die sich im Anschluß an solche Feiern ereignen, müssen unterbleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir von der Befriedung von Rhein und Pfalz sprechen, dann denken wir selbstverständlich auch an die Befriedung der Saarbevölkerung. Unzweifelhaft haben erst kürzlich wieder alle Parteien des Saarpalaments zusammen zum Ausdruck gebracht, daß das Saargebiet unzerstückelt wieder an Deutschland kommen muß. Vielleicht kann man bei der Unzweifelbarkeit des Ergebnisses der im Versailler Vertrag vorgesehenen Abstimmung sich darauf einigen, daß die

Rückkehr des Saargebietes an Deutschland ohne Abstimmung

erfolgt. Wenn die französische Regierung einer solchen Abmachung zustimmt, so würde sie damit die Politik der Befriedung auf trefflichste fördern und damit auch die Redandeschreiber auf beiden Seiten zum Schweigen bringen. (Sehr richtig.) Ganz selbstverständlich ist es, daß die Besatzung nicht abgeblößt werden darf durch ein anderes Regime, das neue Schikanen ermöglicht. Für eine Sonderbehandlung des Rheinlandes nach der Aufhebung der Räumung gibt der Versailler Vertrag nicht die geringste Handhabe. (Sehr wahr.) In einem Briefe vom 28. April 1919 hat Clemenceau an Poincaré geschrieben, daß Deutschland in einer neutralen Zone an der Grenze zwar keine Truppen und keine Festungen halten darf, daß dann aber auch keine Kontrolle der deutschen Rüstungen mehr möglich ist. Ich bin überzeugt davon, wenn man ernsthaft französische Militärs fragt, wie sie über eine solche Kontrolle denken, so würden sie antworten, daß vom militärischen Standpunkt aus gesehen eine solche Kontrolle absolut wertlos ist. In der Zeit des Telegraphen, des Radis und der Eisenbahn ist es ganz unmöglich, heimlich Festungen aufzubauen und Truppen zu konzentrieren. Warum diskutiert man dann oben in Paris erst dieses ganze Problem? Die beste Kontrolle, die Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages vorsieht, ist doch die rheinische Bevölkerung selbst, die nicht im geringsten daran denkt, ihre Heimat wieder zum Schauplatz für den nächsten Weltkrieg, der noch fürchterlicher sein wird, als der letzte, werden zu lassen. (Sehr wahr!) Auch Sinn und Geist der Locarnoverträge liegt die Gleichberechtigung der Teilnehmer voraus, auch hieraus kann keine dauernde Kontrolle gefolgert werden. Wenn der Rhein kontrolliert würde, dann müßte auch die Waaslinie kontrolliert werden. Wir erkennen nun an, daß das allgemeine Kontrollrecht besteht, wie es der Versailler Vertrag vorsieht. Die Lücke kann nur ausgefüllt werden durch eine wirkliche Abrüstung, die der Bevölkerung kontrolliert. Die allgemeine Abrüstung ist noch nicht auf dem Marsch.

Auf der letzten Sozialistenkonferenz in Luxemburg haben wir mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß, wenn es nicht gelingt, die Abrüstungsfrage durch den Völkerbund zu lösen, daß eine Krise des Völkerbundes hervorgerufen müsse. Die allgemeine Abrüstung ist nicht nur Deutschland, sondern allen Völkern versprochen worden, daher muß sie von allen Völkern durchgeführt werden. (Sehr richtig! links.)

Es ist aber nicht nötig, daß diese Angelegenheit in den Händen der Militärs bleibt, und ich erinnere nur an das Wort, das Briand zuletzt in Genf sprach: Weg mit den Kanonen und den Maschinengewehren! Was die Frage der internationalen Militärrückfrage anlangt, so glauben auch wir, daß es Zeit ist, daß sie verschwindet. Bei der Lösung dieser Frage scheitern sich Schmierigkeiten vor allem bei der Regelung der Ein- und Ausfuhr und der Herstellung von Kriegsmaterial zu erobern. Ich bin der Überzeugung, daß bei gutem Willen auch hierüber eine Verständigung erzielt werden kann. Wir können nicht dulden, daß Deutschland dabei etwas zugunsten wird, was ihm im Versailler Vertrag nicht auferlegt worden ist. Wir denken dabei auch insbesondere an die Wahrung der Interessen der Arbeiter, die hierfür in Frage kommen könnten.

Der Reichswehrminister Dr. Gessler hat gestern eine Erklärung über die Wehrverbände abgegeben. Und nun fragen wir: Warum mußte es solange gehen und wie war es überhaupt möglich, daß es soweit gehen konnte? Das war nur deswegen möglich, weil der Reichswehrminister in den vergangenen sechs Jahren das Programm nicht ausgeführt hat, das er im März 1920 in der Nationalversammlung aufgestellt hatte. Damals hat er gesagt, daß er ernstlich und unerschütterlich daran gehen werde, die Reichswehr auf breiter demokratischer Grundlage aufzubauen und daß er sich dafür einsetzen werde, daß den verfassungstreuen Mannschaften ihre Rechte gewahrt werden.

Wenn der Reichswehrminister das getan hätte, dann wären die außerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Jahre nicht so groß gewesen. (Beih. sehr wahr! links.)

Wir erwarten, daß Herr Gessler jetzt endlich das durchführt, was er damals gesagt hat. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß die Befehle des Reichswehrministers restlos durchgeführt werden.

Beim nächsten Reichswehretat werden wir prüfen, wo die Beträge und Kosten stehen, die für „Übungen“ usw. gebraucht werden. Der Etat muß besonders darauf hin unter die Lupe genommen werden. Der Grundlag, daß keine Behörde von privater Seite Geld nehmen darf, muß auch heute noch Geltung haben. (Beih. sehr richtig! links.) Wenn dieser Grundlag durchgeführt worden wäre, dann wäre es dem Reichswehrminister leicht gewesen, die Verbindungen zwischen Reichswehr und industriellen Kreisen aufzubrechen. Wir werden dem Minister das Material, das er gestern verlangt hat, in der nächsten Zeit zugehen lassen. Wenn er sagte, er könne seinen Leuten nicht zumuten, sich selbst zur Anzeige zu bringen, dann müßte er doch froh darüber sein, wenn andere Seiten die Anzeige machen. Der Minister hat jedem die Entlassung angedroht, der sich gegen die Befehle verweigert. Wir werden sehen, was daraus erfolgt. In der Reichswehr wird immer von der Aufrechterhaltung von alten Traditionen gesprochen, man hört aber nie davon, daß die Disziplin gegenüber den Befehlen des Reichswehrministers aufrechterhalten wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß nicht aktive Offiziere sowie sogenannte Sportlehrer in die Reichswehr eingestellt werden, die in vaterländischen Verbänden die Gelder vernübeln. Ich habe mich darüber gefreut, daß in der Aussprache kein Angriff gegen den preussischen Innenminister und gegen den Reichswehrminister wegen des Verbots der Verbände Olympia und Biling erhoben worden ist. Das beweist hier, daß das Verbot zu Recht erfolgt ist. Aus der Denkschrift des preussischen Innenministers geht hervor, daß die Ausbildung in den Wehrverbänden nach den Vorschriften der Infanterie vor sich geht. Es wird erklärt, daß gute Soldaten erzogen werden müssen. Das ist ungescheit, nach dem Befehl, das am 22. März 1921 herausgegeben worden ist. (Juriste rechts.)

Wenn Sie (nach rechts) in die Regierung hineinwollen, dann müssen Sie solche Maßnahmen mitmachen. (Stürmische Heiterkeit.) Es handelt sich bei diesen Verbänden zweifellos um Verbände, die militärische Zwecke verfolgen, die also verboten sind. (Juriste von den Deutschnationalen: Der Staatsgerichtshof hat anders entschieden!) Diese Richter schenke ich Ihnen! Der Wortlaut, der von mir zitierten Stellen beweist, daß es sich um Verbände handelt, die gesetzlich verboten sind. Es muß dafür gesorgt werden, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch durchgeführt werden. Nun wird ja von der Rechten behauptet, daß auch das Reichsbanner eine militärische Truppe sei. Von allem anderen abgesehen, ist doch ober entscheidend, daß beim Reichsbanner niemand daran denkt, den nächsten Weltkrieg vorzubereiten und das sich im Gegensatz zu Ihren Verbänden. Ich bin gespannt darauf, wenn der zweite Redner der Deutschnationalen auftritt, ob er sich noch hinter die vaterländischen Verbände stellen wird, wie er das aus dem deutschnationalen Parteitag in Potsdam getan hat. Im übrigen ist doch der Aufwand, den die vaterländischen Verbände treiben, ganz unnützig, denn selbst Herr v. d. Schulenburg hat doch ausführlich dargelegt, daß sie militärisch ganz zwecklos sind. Ich erwarte aber, daß die Regierung fest bleibt und sich in der Politik gegen die verfassungswidrigen Verbände nicht lösen läßt.

Reich ein Wort zur Kriegsschuldfrage.

In der deutschnationalen Interpellation darüber hieß es zuerst, die Regierung werde ersucht, diese Frage vor ein internationales Schiedsgericht zu bringen. Später wurde es geändert dahin, die Regierung solle prüfen, ob man die Angelegenheit vor ein solches Schiedsgericht bringen könne. Das bedeutet schon eine Entgiftung der Interpellation. Aber was soll denn der Völkerbund überhaupt feststellen? Soll er Deutschlands Unschuld feststellen, oder wie sich die Schuld auf die einzelnen Länder verteilt? Daß Deutschland dabei gänzlich freigesprochen wird, glaubt doch kein Mensch. (Juriste bei den Deutschnationalen: Wir wollen die Befreiung der Wehrschuld.) Deutschland wird ja nur als Urheber der Kriegsschäden hingestellt, und was im Versailler Vertrag steht, hat ja längst keine praktische Bedeutung mehr. Glauben Sie denn, wenn Deutschland freigesprochen würde, dann hätte es auch nur einen Pfennig weniger zu zahlen? Wir machen jedenfalls solche Mandate zur Täuschung des Publikums

Ton und Farbe.

Musik-Umschau von Kurt Singer.

Die Woche des Bußtags und Totensonntags ließe uns Zeit zu Sammlung aller Art, wenn die Konzertgeber nicht von dem Drang, an diesen Tagen ernste Musik zu hören, gar zu starken und gar zu bequemen Gebrauch machten. Es sind auch hier die gleichen Werte, die jahraus, jahrein wiederkehren, vor allem Raithauspassion und die beiden Requiems von Brahms und Mozart. Gerade auf dem Gebiete der religiösen Chormusik ist die Auswahl doch nicht so schwer. Man denke an die Messen von Mozart, Václav, Cherubini, man denke vor allem an die Kantaten Bachs. Von ihnen brachte Wolfgang Reimann vier herrliche Stücke stilvoll zur Aufführung. Johannes Stehmann konnte seine Aufführung in der Garnisonkirche sogar durch das Radio den vielen zugänglich machen, die von der ruhigen Erbauung im Haus sich Gemüthlicheres versprechen als vom Besuch der Kirchen und Konzertsäle. Im Brahmschen Requiem imponierte Frau Mägi-Schmid durch die innige Eindringlichkeit ihres Sopranosolos. Im Bariton solo wechselten sich Bronsgeest und Max Spicker ab. Rühmenswert, daß Stehmann zu dem allbekanntem und in der Haltung der Aufführung schon sichtlich werdenden Brahmschen Requiem den „Einsiedler“ von Reger hinzusetzte. Reger ist in seinen Chormusikkompositionen so gut wie unbekannt. Außer dem 100. Psalm verdienen auch das Requiem sowie das Chormusik „Die Nonne“, die Choralkantaten und eben der „Einsiedler“ öfter gehört zu werden. Es ist hier eine Stimmung der Weisheit mit stark empfundener Kraft gestaltet, die an Mahler erinnert. Stehmann war dem Wert ein bereiter und eindringlicher Deuter, der Oratorienverein erwies sich als gut diszipliniert.

Zu einem sehr interessanten Experiment lud der ungarische Musiker Alexander Laszlo. Er hat sich in langen Jahren bemüht, eine Synthese zwischen Klang und Farbe zu schaffen und demonstrierte die Erfolge seines bisherigen Schaffens. Es gibt Menschen, die bei dem Anhören von Musik Farbenempfindungen haben, ja, es gibt solche, die bei einem bestimmten Ton eines bestimmten Instruments immer die gleiche Farbe sehen. Es kann nicht behauptet werden, daß dies immer die normalen Sinnesorgane zugeugt bringen, und es scheint doch so, als ob selbst diese Hörer die Abkennung von der Musik nicht als angenehm empfinden. In den ausgesprochensten Fällen handelt es sich wahrscheinlich um pathologische Zustände. Eine Abmahnung dieser Zusammenhänge und Zusammenklänge von Ton und Farbe haben allerdings auch große Musiker gehabt (Liszt, Schumann, Wagner), und wahrscheinlich wird die Orchesterpalette derartig besonders begabter Musiker auch besonders bunte Farben hergeben. Was Laszlo zeigte, war eine spezifische Umdeutung pathologischer Phänomene in das normale Bewußtsein. Die herrlichen Formkombinationen, die auf der Leinwand erschienen, erinnerten sowohl tonlich wie im Bewegungscharakter der Linien erheblich an die Darstellungen künstlerischer oder visionärer Gebilde, wie sie die Geisteskranken aus der Gruppe des Jugendirrefeins bieten. Ich will damit nicht sagen, daß Laszlo selbst etwa ein Kranker, auch nur ein Psychopath sei. Im Gegenteil, in seinem janatischen Willen, eine Erhöhung der künstlerischen Empfindung zugeugt zu bringen, steht schöpferischer, steht vielleicht geniales Ver-

mögen. Wesentlich ist dabei, daß die von ihm vorgeführten Kompositionen tatsächlich in Ton, Farbe und Rhythmus aus der gleichen Weltanschauung heraus erfunden und geformt sind. Abstrakte Figuren, sich in deutlichen figurierten Rhythmen gegeneinander bewegend, miteinander verschmelzend, sich überkreuzend, blühhafte Jochen, schwebende Wellenlinien, weiche und harte Lösung, Hell und Dunkel, Anschwellen und Verschwinden — alle diese Elemente des bewegten Bildes klingen gleichzeitig und gleichmäßig mit dem Bildstreifen auch in der Musik auf. Es ist in den Präludien und in der Sonatine Vaszlo tatsächlich Musik und Farbe einheitlich geschaffen. Für die kleine Form bedeutet das einen Zuwachs an künstlerischer Empfindung für die größere Form, in der gerade Reiteration und Durchführung sich durch Wiederkehr oder Neuaufbau von Tongedanken als Wert erweisen könnten, wankt das Interesse, und das Gefühl eines abstrakten Ainoorgangens mit begleitender Musik herrscht vor. In einer Aufführung „Musica Sacra“ unter Leitung von Kurt Döbler wurde man der Werte von Frescobaldi, Schütz, Vittoria, Eccard nicht recht froh. Eine etwas unklare Orgel, ein die Tempel verheißender Kapellmeister, ein im Klang flacher Chor und eine Sängerin mit sehr schönem, aber technisch noch unausgereiftem Material wirkten zusammen.

Im zweiten Konzert der Staatsoperkapelle begann Kleiber mit Mozarts Bläserkonzerte in C-Moll, deren Mangel an gesungener Lebensfreude durch den Dirigenten noch unterstrichen wurde. Wie viel schöner wirkt dieses Werk in der Bearbeitung für Streichinstrumente. Noctuid des Abends vier Tanzstücke für Orchester, Opus 15 von Karol Rathaus. Bei der konzertativen Stimmung dieses Publikums war es nur natürlich, daß das Werk von den meisten abgelehnt wurde. Es ist gewiß kein Meisterstück, aber begabt, rücksichtslos, wohl auch ungezogen im Zusammenproll von Instrumenten, im derben Schritt der Themen. Rathaus ist vom amerikanischen Jazz angefaßt. Als Tänze kann man die Stücke nicht auflassen. Der innere Schwung spricht aber für eine tänzerische Lebensfreude, und das ist wohl gemeint gewesen. Die Schlussszene klingt zwar nicht sonderlich schön, zeigt aber einen vorzüglichen Bau und damit zugleich den Wert eines Musikers, der glücklicherweise aus seiner Gärung noch nicht zur Reife gekommen ist.

Gefundenes, tiefstverankerter Ausdrucksfähigkeit im dritten Kammermusikabend des Guarneri-Quartetts, in dem das Streichquartett Cis-Moll von Beethoven so klangschön, so geistig, so lauter und innerlich erfüllt gespielt wurde, wie einst zu Joachim's Zeiten. Fröh Preisters Konzert in der Wilhelmshalle bedeutet die gesellschaftliche Krönung eines Konzertwinters. Leider mocht dieser Meister des Geigenspiels diesem Publikum unerhörte Konzeptionen. Die kammermusikalische Feinheit der B-Dur-Sonate von Mozart gehört nicht auf das Podium der Philharmonie, und das Wendelschönschanski Violinkonzert sollte nicht mehr mit Klavierbegleitung gespielt werden. Höhe der Spielfertigkeit und der souveränen Tonbildung Preisters waren die Stücke in kleinem Format von Chauffon, de Falla, Debussy, Kreisler. Hier kann man so schön an der Oberfläche der Schönheit haften bleiben. Friedrich de la Motte-Frouqué läßt einen ganzen Abend lang Kompositionen von sich selber spielen. Dabei zeigt eine Biertellstunde, daß dieser Komponist nicht aus seiner engen Haut heraus kann. So wie dieses Streichquartett Opus 19 gearbeitet ist und klingt, so wurde schon vor 50 Jahren komponiert. Kein Ruhmesblatt übrigens für das von-

Laar-Quartett, daß es, vielleicht selbst entgeistert von der Schärfe solcher Musik, großstädtische Ansprüche an Sauerkeit und Präzision im Zusammenspiel so stark vernichten ließ. In höchsten Liedern, die wie in Goldschnitt gebunden schienen, zeigte Amalie Methner eine im Piano zwar ausdruckslos, sonst aber schöne, weiche Sopranstimme.

Die Gage.

Von Hans Reimann.

„Wem gehöret denn nur die Gage?“
„Die gehöret unsre.“
„Sie hamm enne Gage?“
„Ja.“
„A weesh nich, 'a däd mr genee holdn.“
„Nu, wissen Se, 'a hald se ooch bloß wejen dn Weisen.“
„Sie hamm Reife?“
„A, genee Ahnung! Mir hamm doch genee Reife.“
„'a dente, Se hamm Reife?“
„Awoh, seid mir die Gage hamm, hammer genee eenzje Maus mehr.“
„Nu, wenn Se genee Reife mehr hamm, da brauchen Se doch ooch genee Gage!“
„'a enah, wissen Se, mr hatsj dran gewohtn.“
„Ja, da genn Se recht hamm.“

(Mit Erlaubnis des Verleges Ferdinand Dümmler, Berlin-Bonn, dem „Mundartenbuch“ von Julius Schaeffer entnommen.)

Heberholung im Rundfunk. Der Londoner Funkdienst veranstaltete kürzlich eine Diskussion zwischen den Professoren Huxley und Lewis über die Frage: „Ist die Wissenschaft nützlich für die Welt?“. Professor Huxley kam in seiner Rede auch auf die Verhinderung einer Geburtenkontrolle zu sprechen. Hierbei wurde er plötzlich durch empörte Zwischenrufe unterbrochen, und die Hörer vernahmten deutlich, wie eine andere Stimme erklärte, Geburtenkontrolle sei eine Schamlosigkeit und müsse verboten werden. Der Rundfunkgesellschaft war das Vorkommnis offenbar peinlich, denn sie behauptete nachträglich, der Zwischenruf sei im Programm vorgeesehen gewesen, um bei den Hörern den Eindruck einer Versammlung zu erwecken. Professor Huxley dagegen protestiert in der englischen Presse mit der Erklärung, der Zwischenruf sei durchaus programmwidrig.

„Vor Sonnenaufgang“ im Staatsoper. Die Berliner Staatsoper haben Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenaufgang“, das bisher an den Realistischen Bühnen Berlin noch nicht gespielt worden ist, zur Aufführung erworben. Die Reinszenierung wird voraussichtlich im Frühjahr 1927 herauskommen.
Theaterkritik. Das Märchen „Arlésien“, der Wuppensoldat von Eugen O. Straßburger und Alfred Brandt, Rust von Camillo Schickel, wird vom Deutschen Künstlertheater Sommerabend 2/3, über aufgeführt.
Die publikumliche Ausstellung in München. Anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Universität München veranstaltet das dortige Institut für Jubiläumsgeschichte eine Ausstellung, in der ausgemählte Kunstwerke der Jubiläumsgeschichte gezeigt werden. Die Ausstellung ist zunächst als eine Ehrung des großen deutschen Publizisten Josef Adolph gedacht, der lange Zeit als Professor an der Münchener Universität wirkte.

Offenlegung der Einheitswerte.

Die Listen liegen auf den Finanzämtern aus.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin veröffentlicht seinen eine Bekanntmachung betreffend „Offenlegung der von den Grundverwertungsausschüssen nach dem Stande vom 1. Januar 1925 festgestellten Einheitswerte“. Es handelt sich hierbei um die erstmalige Durchführung der im Reichsbewertungsgesetz vorgesehenen Offenlegung der Listen, die die Ergebnisse der Neubewertung des Vermögens durch die bei den einzelnen Finanzämtern neu gebildeten Grundverwertungsausschüsse enthalten. Die neuen Werte nennt das Gesetz „Einheitswerte“.

Die Offenlegung beschränkt sich jedoch auf landwirtschaftliche forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe sowie auf Grundstücke und erstreckt sich nicht auf das Betriebsvermögen. Für Berlin spielt die Offenlegung der Grundstücksliste die Hauptrolle. Da das Reichsbewertungsgesetz alle Grundstücke, die Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, offenen Handelsgesellschaften, Vereinen usw. oder zu einem gewerblichen Betriebe gehören, zum Betriebsvermögen rechnet, so werden die Werte dieser Grundstücke nicht offengelegt. Das Grundvermögen umfaßt nach dem Reichsbewertungsgesetz den Grund und Boden einschließlich seiner Bestandteile, insbesondere der Gebäude.

Die Offenlegung erfolgt, wenn die Bewertung zum größten Teil abgeschlossen ist. Nachträgliche Änderungen dieser Werte oder später festgestellte Werte werden nicht offengelegt; das Finanzamt erteilt aber hinüber auf Anfrage Auskunft.

Die Offenlegung erfolgt in Form von Listen. In Spalte 1 der Listen wird die Nummer des Einheitswertbogens verzeichnet, in Spalte 2 sind die Grundstücke deutlich zu kennzeichnen, also z. B. durch Angabe von Straße und Hausnummer. In Spalte 3 wird der festgestellte Einheitswert vermerkt. Die Listen werden auf den Finanzämtern einen Monat lang ausgelegt. Der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin hat bestimmt, daß bei den Finanzämtern Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Neukölln, Oberspree, Ost und Nord die Offenlegung in der Zeit von 1. bis einschließlich 31. Dezember 1925, bei den übrigen 25 Berliner Finanzämtern in der Zeit vom 20. November bis einschließlich 20. Dezember 1925 stattfindet. Die Listen können auf den Finanzämtern werktäglich von 9 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Die Offenlegung der Einheitswerte soll eine Kontrolle der Öffentlichkeit über die Bewertungsarbeit der Grundverwertungsausschüsse ermöglichen. Die Öffentlichkeit soll durch Beteiligung der Ergebnisse beurteilen, ob die von diesen festgestellten Werte zutreffend sind, ob insbesondere die Bewertung gleichmäßig erfolgt ist. Diese Beurteilung stützt aber auf erhebliche Schwierigkeiten, weil die Bewertungsregeln des Reichsbewertungsgesetzes sehr unübersichtlich sind. Das Gesetz unterscheidet vor allem zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken.

Die bebauten Grundstücke zerfallen wiederum in zwangsbewirtschaftete und nichtzwangsbewirtschaftete. Als zwangsbewirtschaftete gelten alle bebauten Grundstücke, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, d. h. also die große Masse der Mietshäuser. Für diese Grundstücke erfolgt die Wertermittlung auf Grund des berechtigten Wehrbeitragswertes in der Weise, daß für die verschiedenen Gruppen von Grundstücken verschiedene Prozentsätze zugrunde gelegt werden. Und zwar werden Einfamilienhäuser mit 45 bis 65 Proz. des berechtigten Wehrbeitragswertes veranschlagt, Mietwohngrundstücke mit 25 bis 45 Proz. und Geschäftsgrundstücke in der Regel mit 70 Proz. Wenn ein Grundstück mehreren Zwecken dient, also z. B. Wohn- und Geschäftszwecken, so erfolgt die Bewertung mit den verschiedenen Prozentsätzen nach dem Verhältnis der Mieten, die auf die einzelnen Zwecke entfallen.

Nichtzwangsbewirtschaftete Grundstücke werden mit dem Ertragswert bewertet, und zwar ist der nachhaltig erzielbare also nicht der tatsächlich erzielte Ertrag zugrunde zu legen. Unbebaute und im Bau begriffene Grundstücke werden dagegen mit dem gemeinen Wert, also dem Verkaufswert, bewertet. Zum Bauland sind hierbei auch solche gegenwärtig noch landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke zu rechnen, die in absehbarer Zeit ändern als diesen Zwecken dienen werden.

Es handelt sich bei der Offenlegung der Einheitswerte allerdings nicht um eine Offenlegung der Steuerlisten, sie ist aber gleichwohl eine sehr wichtige Maßnahme. Denn diese offengelegten Werte werden schon jetzt der Reichsvermögenssteuer und Erbschaftsteuer zugrunde gelegt und sollen künftig auch als Grundlage für die preussische Grundvermögenssteuer dienen. Es kommt daher darauf an, die Auslegungsdienst nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, sondern Einsicht in die Listen zu nehmen und zu versuchen, sich ein Urteil über die Gleichmäßigkeit der Bewertung zu bilden.

nicht mit. Wir sind davon überzeugt, daß durch diese Interpellation die Klärung der Schulfrage nicht gefördert wird. Wir haben aber schon wiederholt erklärt, daß wir damit einverstanden sind, wenn ein wirklich objektives Gremium in die Lage käme, auf Grund der Dokumente die von Deutschland bereits veröffentlicht worden sind, aber noch nicht veröffentlicht sind von der Entente, die Kriegsschuld zu prüfen. Die Interpellation der Deutschnationalen bildet keine geeignete Grundlage zur Erreichung dieses Zieles. Gerade weil wir eine rasche Klärung des Rheinlandes wollen, muß alles unterlassen werden, was die Arbeit der Politik stört. Gestern hat Dr. Hüßch für die deutschnationale Fraktion erklärt, daß sie bereit sei, weitere Opfer für die Klärung des Rheinlandes zu bringen, wenn es nicht zu umgehen sei. Damit hat er sich dem Standpunkt genähert, den wir früher schon vertreten haben. Wir sind im übrigen davon überzeugt, daß die Politik, die wir diese ganzen Jahre getrieben haben, wenn sie sich auch noch nicht voll ausgewirkt hat, so doch uns einen Schritt in der Befriedung weitergebracht hat. Wir sind noch nicht ans Ziel, aber wir werden auf der bisherigen Bahn weiterarbeiten, bis die europäische Befriedung erreicht ist. Und wir sind überzeugt, daß die Geschichte uns für die Vorarbeit und die Mitarbeit daran ein Dank sollen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.) (Fortsetzung siehe Beilage.)

Herr Geßler!

Einsparungen aus den Grenzgebieten der Reichswehr.

Es wäre immerhin interessant zu erfahren, ob Herr Geßler die Verhandlungen von Reichswehrministern mit der „Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände“ über die Finanzierung der Ausbildung von Sportlehrern für in Ordnung hält oder nicht.

Sein Ministerium interessiert sich anscheinend dafür nicht, sondern nur für den Gewährmann, der diese Verhandlungen aufgedeckt hat. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Gewisse Kreise im Arbeitgeberverband haben sich zunächst nicht um eine Aufklärung des Sachverhalts, sondern lediglich um die Ermittlung der Quelle bemüht, aus der unsere Information geflossen ist. Man erkundigte sich logischerweise nach Erscheinungen des Artikels beim Reichswehrministerium. Vom Reichswehrministerium wurde nach Breslau bereitwilligst dahin Auskunft erteilt, daß unserer Mitteilung ein von Breslau an das „Berliner Tageblatt“ gesandter Brief zugrunde liege, und eine Abschrift dieses angeblichen Briefes wurde dann ebenso bereitwillig vom Reichswehrministerium den Arbeitgebern nach Breslau überhandelt.“

Eigenartiges Benehmen einer Reichsbehörde!

Der Sportlehrer.

Das Reichswehrministerium hat behauptet, daß die von Reichswehrministern bei den Industriellen gesammelten Gelder „zivilen Sportschulen“ und der Ausbildung von „Sportlehrern“ durch die Reichswehr zugewendet werden sollen. Was es mit diesen „Sportlehrern“ auf sich hat, zeigt ein kleiner Bericht, der uns von der „Republikanischen Beschwerdestelle“ zur Verfügung gestellt wird.

Bei der Berliner Disconto-Gesellschaft besteht seit einigen Jahren eine „Kameradschaftliche Vereinigung“, die auch eine Kleintalbergschießsportabteilung unterhält, nach einem Bericht der Kleintalbergschießsportabteilung (K. K. S.) hat ein „Wägnner“ dieser Bestrebungen in hochherziger Weise die Gewehre gestiftet. In einem anderen Bericht wird mitgeteilt: „Mit Beginn des laufenden Kalenderjahres haben wir uns die technische Durchführung unseres Programms zur teilweisen Entlastung einen beamteten Turn- und Sportlehrer verpflichtet.“ Das ist ein durch die Reichswehr ausgebildeter „Sportlehrer“.

Die „Kameradschaftliche Vereinigung“ erfreut sich weitestgehender Förderung durch die Direktion, die bei Preisstiegen auch Preise stiftet. Der 1. Vorsitzende ist übrigens Herr Prokurist Grothe, Aufnahmeberechtigt ist jeder ehemalige Soldat, „der die militärischen Tugenden auch im bürgerlichen Leben achtet und danach wandelt“. Selbstverständlich ist die Vereinigung dem Preussischen Landeskriegerverband angeschlossen und damit die Mitglieder sich völlig im klaren über den Charakter der Schießübungen sind, gibt es auch Schnellfeuer auf Figurenscheiben.

Von besonderem Interesse ist es noch, daß die „Kameradschaftliche Vereinigung“ der Disconto-Gesellschaft eine Stammliste führt. Darin wird neben den üblichen Personalien noch vorgemerkt, wie lange und bei welchem Truppenteil jedes Mitglied gedient hat, welchen Dienstgrad es erreicht und mit welchen Orden und Ehrenzeichen es bedacht wurde. Auch Feldzüge und Kriegsdienstzeit werden vermerkt. Die Schießübungen finden im Sommer auf den Ständen der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Halessee und im Winter auf dem Schießstand des Landwehr-Offizierskasinos am Bahnhof Zoo statt. Prinz Eitel-Friedrich war wiederholt Gast der „Kameradschaftlichen Vereinigung“.

Die Pensionen der Verabschiedeten.

Die Denkschrift vor der Veröffentlichung.

Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, weshalb die vor einem Jahre vom Reichstag beschlossene Vorlage einer Denkschrift über die Pensionen der Reichsminister, Staatssekretäre, Generale und sonstigen Offiziere noch nicht erfolgt ist, hat der Reichsminister der Finanzen jetzt folgende Antwort erteilt:

„Zur Aufstellung der mit der geforderten Denkschrift vorzulegenden namentlichen Verzeichnisse waren Unterlagen erforderlich, die von sämtlichen beteiligten Pensionsregelungsbehörden — insbesondere den Versorgungsämtern — eingefordert werden mußten. Die Aufklärung zahlreicher Unstimmigkeiten in diesen Unterlagen hat einen weiteren Schriftwechsel erforderlich gemacht. Die Denkschrift, deren Vorlage sich hierdurch verzögert hat, befindet sich im Druck und wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen.“

Briand und der Anschluß.

Paris, 24. November. (W.B.) „Journal“ weis zu berichten, daß Außenminister Briand gestern nach der Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland befragt, erklärt habe, die Vereinigten Staaten von Europa seien die beste Bürgschaft gegen den Anschluß.

Paris, 24. November. (W.B.) Wie dem „Journal“ aus Rizzo gemeldet wird, hat der Polizeikommissar auf Weisung des Ministeriums des Innern einem englischen und einem amerikanischen Zeitungsberichterstatter, die in einer Depesche den Einmarsch der Faschisten nach Frankreich angekündigt und die Maßnahmen zum Schutze gewisser öffentlicher Einrichtungen übertrieben dargestellt hatten, verwarnt und ihnen Ausweisung angedroht, falls sie falsche oder tendenziöse Meldungen an ihre Zeitungen geben.

Schwieriger Streikabbruch in England.

Die Unternehmer sabotieren die Verhandlungen.

London, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zum Abschluß eines Distriktsabkommens mühen in Süd-wales nach zwei Tagen von den Arbeitervertretern endgültig abgebrochen werden. In Lancashire ist als erstem Distrikt eine Einigung über einen Kollektivvertrag zustande gekommen, der jedoch nicht vor der am Freitag stattfindenden Delegiertenversammlung in Kraft treten kann. In Schottland haben die Unternehmer den Arbeitern die vor dem Kampf geltenden Löhne bei einem achtstündigen Arbeitstag angeboten. In den übrigen Distrikten sind die Verhandlungen im Gange, jedoch treten zahlreiche Schwierigkeiten auf. So weigern sich z. B. in Leicestershire die Unternehmer, mit den Bevollmächtigten des Bergarbeiterverbandes wegen seiner Betätigung während der Ausrüstung zu unterhandeln. In Somerset lehnen es die Unternehmer überhaupt ab, in Verhandlungen einzutreten, bis sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Regierung hat beschlossen, die Kohlenrationierung in den nächsten Tagen schrittweise wieder abzubauen. Die Einschränkungen für Gas und Elektrizität sind mit Donnerstag, die Einschränkungen für Hausbrandholz mit Ende der Woche wieder aufgehoben. Den Zechen ist es wieder gestattet, frei über ihre Kohlen zu verfügen, jedoch müssen Kohlenforderungen der lokalen Kohlenkommissionen vorzugsweise behandelt werden. Das Ausfuhrverbot bleibt bis auf weiteres — mit Ausnahme von Irland — aufrechterhalten. Die inländische Kohlenförderung hat nunmehr die Höhe von zwei Millionen Tonnen wöchentlich erreicht. Es sind bereits, trotzdem die Distriktsverhandlungen noch nicht beendet sind, 420 000 Bergarbeiter, also beinahe die Hälfte derjenigen, die wieder eingestellt werden sollen, zur Arbeit zurückgekehrt.

Mit welchen Mitteln die Unternehmer die Rückkehr der Arbeiter zur Arbeit zu beschleunigen suchen, geht aus einer Mitteilung Coors hervor, wonach die Unternehmer vielfach den Arbeitern ein Rundschreiben geschickt haben, in dem sie feststellen, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Einstellung von weniger Arbeitern als vor der Ausrüstung mit sich bringe, und daß deshalb diejenigen, die Arbeit finden wollten, sofort zur Arbeit zurückkehren müßten.

Die Koalitionsfrage in Belgien.

Außerordentlicher Parteitag am 25. Dezember.

Brüssel, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der sozialistischen Partei behandelte am Mittwoch die durch den Rücktritt des Finanzdiktators Francqui geschaffene innerpolitische Lage und namentlich die Frage, ob die Sozialisten weiter in der Regierung verbleiben wollen. Die Ansichten darüber sind in der Partei stark geteilt. Vandervelde neigte in seinem sehr objektiv gehaltenen Referat zur Fortsetzung der sozialistischen Mitarbeit in der Regierung. Für die Koalitionspolitik sprachen die Vertreter der großen Gewerkschaften, während sich vor allem de Brouckere als Gegner der Koalition bekannte.

Vandervelde führte aus, die Partei habe eigentlich nur zwischen zwei Wegen zu wählen: Entweder Aufstellung eines Programms von Forderungen auf steuerlichem und sozialem Gebiet, das zur Bedingung der sozialistischen Teilnahme an einer mehr oder weniger veränderten Koalitionsregierung zu machen sei, oder aber Eintritt in die Opposition. Eine ausgesprochen sozialistisch-demokratische Kampferregung sei kaum erreichbar und wäre von kurzer Dauer. Sie würde auch infolge der kapitalistischen Gegnerschaft eine neue Finanzkatastrophe heraufbeschwören können. Es sei auch nicht leicht, in die Opposition zu treten, da bei der parlamentarischen Stärke der Arbeiterpartei keine Garantie für eine stabile bürgerliche Regierung bestünde. Vandervelde schlug vor, die Entscheidung einem außerordentlichen Parteitag zu Weihnachten zu überlassen. Unbedingt nötig sei, daß eine starke Mehrheit in diesem oder jenem Sinne entscheide. Die sozialistischen Minister würden nicht im Amt bleiben, wenn die Koalitionspolitik nur eine schwache Mehrheit fände.

Brouckere erkannte an, daß die bisherige Koalitionspolitik bessere Ergebnisse gezeitigt habe, als er angenommen hatte. Immer-

hin sei die Fortsetzung dieser Politik für die Partei sehr gefährlich, da die Massen vielfach die Regierungsbeteiligung der Sozialisten verantwortlich machen für die schweren Lasten der Stabilisierung. Einstimmig wurde die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag auf Weihnachten beschlossen.

Deutsch-französische Grenzkommission.

Eine kanadische Anregung.

London, 24. November. (W.B.) „Daily News“ verzeichnet einen Vorschlag zur Regelung der deutsch-französischen Grenzfragen, den der kanadische Premierminister Mackenzie King dem vormaligen britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, unterbreitet habe. Der Vorschlag geht dahin, daß eine französisch-deutsche Grenzkommission eingesetzt werde nach dem Muster der Kommission, die die Fragen regelt, die an der unbefestigten Grenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten entstehen. Die Kommission besteht aus drei kanadischen und drei amerikanischen Kommissaren; jede Angelegenheit kann ihr unterbreitet werden, die die Rechte, Verpflichtungen oder Interessen eines der beiden Teile gegenüber dem anderen oder gegenüber den Einwohnern des anderen längs der gemeinsamen Grenze berührt. In gewissen Fällen werden die Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluss gefaßt, in anderen wird nur der Regierung Bericht erstattet. Wenn der Kommission eine Entscheidung unterbreitet wird und keine Mehrheit erzielt wird, kann die betreffende Frage an einen entsprechend den Bestimmungen der Haager Konvention von 1907 gewählten Schiedsrichter verwiesen werden.

Die Mitglieder der kanadischen Delegation in London glauben, daß ein ähnlicher Versuch an der deutsch-französischen Grenze den gleichen Erfolg erzielen wird.

Sturmsszenen in der Kammer.

Elässer-Dütsch verboten. — Poincarés Kriegsteilnahme.

Paris, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer kam es bei der Beratung des Unterrichtsbudgets zu einem peinlichen Zwischenfall. Als der elässische Kommunist Hueber die Tribüne bestieg und das Verlangen stellte, in elässischer Mundart zu sprechen, da er die französische Sprache nicht beherrsche, hielt ihm der Kammerpräsident entgegen, daß ein Beschluß vorliege, wonach in der Kammer nur die französische Sprache angewendet werden dürfe; dieser Beschluß war im vorigen Jahre gefaßt worden, nachdem Hueber bei einer Rede die elässische Mundart angewendet hatte. Um Hueber möglichst entgegenzukommen, befragte der Präsident noch einmal die Kammer, ob sie geneigt sei, eine Rede in elässisch anzuhören. Das wurde von der Mehrheit abgelehnt, worauf Hueber auf das Wort verzichtete.

Darauf verlas der Kommunist Duclos aus dem Manuskript Huebers die Klagen gegen die französische Verwaltung im Eläß. Als Duclos Poincaré das Recht abspach, von Eläß-Verbringen zu sprechen, da er die anderen für dessen Rückgewinnung habe kämpfen lassen, geriet Poincaré in ungewöhnliche Erregung. Rot vor Zorn und mit der Faust auf das Pult schlagend, erklärte er, daß er auf keine Weise an Kriege teilgenommen habe. „In Bordeaux!“, erwiderte ironisch Duclos, worauf Poincaré während ausrief, die Regierung habe damals das Menschenmögliche getan, um in Paris bleiben zu können. Der Oberbefehlshaber der Armee habe jedoch ihre Abreise nach Bordeaux gefordert. „Und Sie haben es sich nicht zweimal sagen lassen“, erwiderte Duclos. „Die erste Pflicht eines Mannes, der regieren will, ist zu gehorchen“, antwortete Poincaré vor Zorn bebend. Duclos Replik ging in dem Lärm des Hauses verloren, dessen stürmische Proteste den Redner am Weiterreden hinderten und so dem Zwischenfall ein Ende machten.

Die finnische Minderheitsregierung Kallio ist zurückgetreten, nachdem sie in einer Parlamentsdebatte über Unregelmäßigkeiten bei Militärlieferungen in der Minderheit geblieben war. Das Kabinett war zuletzt nur noch eine Regierung der Bauernpartei. Voraussichtlich wird ein Beamtenkabinett die Regierungsgeschäfte bis zu den im Frühjahr stattfindenden Neuwahlen führen.

Das Notgesetz der Gewerkschaften.

Es fordert die Rückkehr zum Achtstundentag.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben in eingehenden Beratungen den Entwurf eines Notgesetzes zur Verkürzung der Arbeitszeit ausgearbeitet. Er soll die Grundlage parlamentarischer Verhandlungen bilden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich sofort bereit erklärt, diese gemeinsamen Forderungen aller Gewerkschaften mit größtem Nachdruck zu vertreten.

Soll das große Ziel einer sofortigen Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden, dann ist eine der wichtigsten Vorbedingungen, daß die Arbeiter und Angestellten sich in einer Einheitsfront zusammenschließen und ihren Einfluß im Parlament geltend machen.

Diese Einheitsfront der in den Gewerkschaften aller Richtungen organisierten Arbeiter und Angestellten mißfällt der „Roten Fahne“ im höchsten Grade. Sie fühlt sich berufen,

den deutschen Kapitalisten zu Hilfe zu eilen, indem sie eine wilde Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei einleitet. „Der Wortlaut des Entwurfs ist ein ungeheurer Standaal und ein Verrat der Arbeiterinteressen, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.“

„Prinzipiell ändert der neue Notgesetzentwurf am bisherigen Zustand nicht das geringste.“ Wir stellen fest, daß dieser A.D.B.-Entwurf in allen wesentlichen Stellen genau dem Wortlaut der reaktionären Arbeitszeitverordnung, die heute noch in Kraft ist, entspricht. „Wird der A.D.B.-Entwurf Gesetz, so bedeutet das sogar noch eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand, als die Beseitigung des Achtstundentages und die jetzt herrschenden unmenschlichen langen Arbeitszeiten durch ausdrückliches Reichsgesetz verewigt werden.“

Das sind so einige Kraftstellen aus dem kommunistischen Elaborat. „Bewiesen“ wird das dann alles durch Zitate aus den Abänderungsvorschlägen der Gewerkschaften.

Unter dem Vorwande, die wahren Arbeiterinteressen zu vertreten, verüben die Kommunisten, die Arbeiter und Angestellten gegen die Vorschläge der Gewerkschaften scharf zu machen. Die Folge davon wird sein, daß die Auseinandersetzungen in die Gewerkschaften getragen werden, statt daß die ganze Kraft der Arbeiterklasse dafür eingesetzt wird, so schnell wie möglich auf dem Wege einer gesetzlichen Aenderung der geltenden Arbeitszeitverordnung zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen.

Was die Gewerkschaften fordern, ist ein Notgesetz. Auch die gegenwärtige Verordnung ist ein Gesetz, so daß das Gebote der „Roten Fahne“ über Gesetz und Verordnung ein hilfloses Gestammel ist, das eine totale Unkenntnis verrät. Dieses von den Gewerkschaften geforderte Gesetz verlangt, daß sechs Paragraphen der geltenden Arbeitszeitverordnung geändert und fünf Paragraphen

dieser Arbeitszeitverordnung, außerdem fünf Artikel der noch geltenden Demobilisierungsverordnungen gestrichen werden. Die „Rote Fahne“ zitiert die Forderungen der Gewerkschaften sehr willkürlich; sie verschweigt vor allen Dingen die entscheidenden Forderungen.

Nach dem geltenden Recht können auf Grund der §§ 5 und 6 der Arbeitszeitverordnung auf dem Wege des Tarifvertrages, oder falls ein solcher nicht besteht, durch behördliche Anordnung eine regelmäßige Verlängerung der

Arbeitszeit bis zu zehn Stunden täglich

vorgenommen werden. Das sind die einzigen gesetzlichen Bestimmungen, mit deren Hilfe gegenwärtig die regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden kann. Nach den Vorschlägen der Gewerkschaften sollen diese beiden Paragraphen gestrichen werden. Außerdem soll auch dem Unternehmer das Recht genommen werden, an dreißig Tagen im Jahr Mehrarbeit bis zu zwei Stunden zu vereinbaren.

Das sind die entscheidenden Bestimmungen, durch deren Beseitigung eine

sofortige Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden

täglich eintritt. Was die „Rote Fahne“ zitiert, sind nur die besonderen Ausnahmefälle, wobei auch hier die Voraussetzung ist, daß eine tarifliche Regelung vorliegt. Und nur wenn der Tarifvertrag die Einzelheiten nicht regelt, dann kann der gesetzliche Schlichtungsausschuß über diese Einzelheiten entscheiden, aber auch nur im Ausmaße der allgemeinen Tarifregelung.

Der Vorschlag der Gewerkschaften fordert ferner, daß die bestehenden Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine längere Arbeitszeit zulassen, sofort aufzuheben sind. Außerdem ist die Straffreiheit des Unternehmers bei Annahme sogenannter „freiwilliger Mehrarbeit“ nach den Vorschlägen der Gewerkschaften zu beseitigen.

Daraus ergibt sich, daß nach den Vorschlägen der Gewerkschaften der Achtstundentag in vollem Umfange eingeführt werden soll. Die Arbeiter und Angestellten werden nicht lötlich genug sein, sich durch die „Rote Fahne“ und die kommunistischen Wandvor von der so notwendigen Unterstützung der Gewerkschaften in diesem schweren Kampfe abhalten zu lassen. Sie werden über das kommunistische Spaltungsmanöver zur Tagesordnung übergehen und alle Kraft einsetzen für die von den Gewerkschaften geforderte Wiederherstellung des Achtstundentages.

Da die Befoldungsordnung zum Teil Grundlage für den Aufbau der Angestellten- und Arbeiterentlohnung — insbesondere bei den vergleichbaren Gruppen — ist, soll durch diese notwendige Nachprüfung ferner festgestellt werden, ob und inwieweit die hierfür in Betracht kommenden Regelungen gebessert werden können.

Keine Anerkennung der Selben.

Das Wolff-Bureau teilt mit: In einem Teil der Tagespresse ist eine Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages, die eine Ausnahme für Sondertarifverträge enthält, hingewiesen, und daran die Behauptung geknüpft worden, die Reichsarbeitsverwaltung habe hiermit im Gegensatz zu ihrer bisherigen Stellung die wirtschaftsfriedlichen Wertvereine als tariffähig anerkannt. Diese Auffassung entspricht, wie der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung mittelst, nicht den Tatsachen. Ausnahmen für Sondertarifverträge sind auch früher wiederholt gemacht worden. Sie beziehen sich aber nur auf Tarifverträge im Sinne der Tarifvertragsordnung, d. h. auf Verträge, die von tariffähigen Vereinigungen abgeschlossen sind. Als tariffähig können aber die wirtschaftsfriedlichen Wertvereine nicht angesehen werden.

Deutschnationale Propaganda in Berufsschulen.

Im Schöneberger Rathaus ist zurzeit die Ausstellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes untergebracht, die bis vor kurzem auf der Gesolei in Düsseldorf gezeigt worden ist. Wenn der D.H.V. diese Schau der breiten Öffentlichkeit zugänglich macht, so ist dagegen nichts einzuwenden. Sehr eigenartig muß es aber anmuten, daß Berliner Berufsschulen sowie die Klassen der Schulen der Berliner Industrie- und Handelskammer dorthin geführt werden und der D.H.V. diese Gelegenheit benutzt, um unter den jungen Angestellten und Lehrlingen für sich Propaganda zu machen.

Wenn die Schüler zum Schluß der Führungen von den dort tätigen Führern aufgefordert werden, sich des Werbematerials zu bedienen, das für sie in der Ausstellung ausliegt, so muß man das ebenfalls als eine einseitige Propaganda ansehen, die nach Beschlüssen der Deputation für das Berufsschulwesen an den Schulen zu unterbleiben hat.

Von der Deputation für das Berufsschulwesen sowie von dem Kuratorium der Schulen der Industrie- und Handelskammer ist zu verlangen, daß sie diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit schenken, sonst müßten sich die Aufsichtsbehörden einmal mit der Angelegenheit beschäftigen.

A.A.-Ortskartell und Wohnungsweisen.

In der zu Montagabend nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Vertreterversammlung des A.A.-Ortskartells gab der Vorsitzende des Kartells, Genosse Platow, zunächst den Tätigkeitsbericht für das 3. Quartal ab. Dann gab er einen sehr interessanten Bericht über seine Eindrücke von Wien, die er als Teilnehmer der Studienfahrt eines Teiles der Berliner Stadtverordneten gewonnen hat. Neben der fortschrittlichen Entwicklung des Wiener Schul- und Berufsschulwesens beleuchtete er besonders eingehend die Steuerpolitik Wiens und seine vorbildlichen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. Seine geschichtlichen Beispiele waren um so wirksamer, als er die Wohnungsverhältnisse Wiens in der Vorkriegszeit im Vergleich mit den heutigen Verhältnissen schilderte. Wenn auch manche Umstände eine Uebersetzung der Wiener Reformen speziell auf Berlin nicht zulassen, so muß doch anerkannt werden, daß der gewaltige Fortschritt nur möglich war durch die zielklare Politik der sozialdemokratischen Stadtverwaltung Wiens.

In der Diskussion wurde die Auffassung vertreten, daß eine großzügige Wohnungspolitik auch in Deutschland möglich wäre, wenn die für den Hausbau aufzubringenden Mittel auch wirklich ihrem Zweck zugeführt werden würden. Immer wieder wurde besonders auf Berlin hingewiesen, das von den in seinem Bezirk aufgeführten Hauszinssteuern nur einen geringen Teil für Wohnungsbauzwecke zurückerhält. Es wird die Aufgabe der Gewerkschaften sein, immer wieder auf dieses schreiende Unrecht hinzuweisen und mit allem Nachdruck im Parlament seine Beseitigung zu fordern.

Achtung, Bodenleger! Wegen Lohn- und Arbeitsdifferenzen ist der Neubau Wertheim, Leipziger Platz, und zwar die Bodenlegerarbeiten der Firma Teising in Rünster, gesperrt.

Deutscher Metzgerverband. Versammlung der Funktionäre in der Berliner Reichsindustrie am Dienstag, 20. November, 7 Uhr, in den Rüdiger-Küchen, Roter-Weihm-Straße 21. Was geht in der Koch-Berliner Reichsindustrie vor? Referent: Kollege Rothe. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet jeden Funktionär unseres Verbandes zur Teilnahme an dieser Versammlung. Das Abkochen ist legitimiert. Geschäftsstelle des Bezirks X.

Freie Gewerkschaftenabend. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, treten die Gruppen: **Alpenid:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Sozialologie der Revolution“. — **Wittenberg:** Gruppenheim Jugendheim Parkstr. 10. Spiel, Tanz und Lied. — **Tempelhof:** Gruppenheim Leseum Germanienstraße 4-6. Vortrag: „Aber Heiden der Arbeit“. — **Südwest:** Gruppenheim Waidenbergstr. 4 (Neuzweihaus). Vorträge aus Reuters Werken. — **Spandau:** Gruppenheim Spandauer Lindenw. 1. Vortrag: „Alkohol und Politik“. — **Reaktiv:** Gruppenheim Stadt. Jugendheim Bremen. Cde Wilsdorfstraße. Vortrag: „Das Jugendprogramm der A.D.B.“. — **Landberger Platz:** Jugendheim Cde Kronenstr. 16, Zimmer 8. Vortrag: „Die Internationale der Arbeit“. — **Zentrum des Zentralverbandes der Schornsteinfegergehilfen:** Gründungsfeier im Saal des Deutschen Krankenhauses, Oberlindenstraße, Berliner Str. 137. Musik, Gesang, Bewegungsdor, Anproben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Gress; Wirtschaft: Kurt Salzenus; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Kullikow; A. S. Böhrer; Soziale und Sonstige: Erik Karstädt; Anzeigen: H. Glöck; Familie in Berlin: Berlin; Normals-Berlin G. m. b. H.; Berlin; Druck: Normals-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Springer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenzimmer“.

Krieg oder Frieden im Baugewerbe?

Langwierige Verhandlungen.

Im deutschen Baugewerbe scheint sich der Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages vorzubereiten. Am 27. August dieses Jahres waren sich die Vertreter der baugewerblichen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen darüber einig geworden, im Oktober neue Verhandlungen zu pflegen über etwaige Sicherungen des Friedens für das Baujahr 1927. Diese Verhandlungen fanden statt am 26. Oktober. Dabei hatten sich die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen auf den Standpunkt gestellt, unter „Sicherung des Friedens für das Baujahr 1927“ könne man nur verstehen den Abschluß eines regelrechten Reichstarifvertrages, da die Lohnfrage nur einen Teil der sogenannten Friedenssicherungen darstellen könne. Die Unternehmervertreter dagegen erklärten, es könne sich nur darum handeln, ähnlich wie im Jahre 1926 ein Lohnabkommen zu treffen. Da die Unternehmervertreter kein Mandat über Abschluß eines Reichstarifvertrages von ihren Auftraggebern hatten, ging die Sitzung resultatlos auseinander.

Es lag nunmehr dem zentralen Schiedsgericht für das Baugewerbe ob, zunächst in dieser Frage zu vermitteln. Dieses Schiedsgericht trat am 22. November zusammen. Nachdem die beiden Parteien ihren Standpunkt dargelegt hatten, machten die Unparteiischen einen Vorschlag, der von den Arbeitern wie von den Unternehmern abgelehnt wurde.

Nunmehr lag den Unparteiischen ob, einen neuen Vorschlag zu formulieren. Dies geschah unter Mitwirkung der Besitzer des zentralen Schiedsgerichts. Der neue Vorschlag hatte nachstehenden Wortlaut:

„Die Parteien schließen ein zentrales Abkommen, durch das die Arbeitszeit und die Entscheidung über Lohnstreitigkeiten geregelt werden.“

Als Arbeitszeit wird grundsätzlich der Achtstundentag vorge schlagen, soweit nicht bezüglich etwas anderes vereinbart wird. Im Falle der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit sind unzulässig neue Verhandlungen aufzunehmen. Im übrigen scheint den Unparteiischen das zentrale Abkommen nur möglich und dem Wirtschaftsfrieden zu dienen geeignet, wenn in ihm eine über Streitigkeiten aus dem Lohnverhältnis endgültig entscheidende zentrale Schlichtungsstelle vorgelesen ist. Das neue Abkommen soll gelten bis zum 28. Februar 1928.“

Zu diesem Vorschlage erklärten am zweiten Verhandlungstage

die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterorganisationen der Vorschlag läßt etwas besser aus, jedoch müsse auch über die sozialen Forderungen der Bauarbeiter mitverhandelt werden. Die Unternehmervertreter erklärten, sie seien zu Verhandlungen über ein Lohnabkommen bereit, sie würden sich auch zu einigen Zugeständnissen in der Frage der sozialen Forderungen der Bauarbeiter herbeilassen. In der Arbeitszeitfrage könnten sie sich endgültig noch nicht festlegen.

Damit war tatsächlich die Bahn freigemacht für die Beratung eines Reichstarifvertrages. Eine engere Kommission unter Mitwirkung der drei Unparteiischen beriet nunmehr über einen Reichstarifvertrag. Verhandelt wurde unter anderem über die Einbeziehung der Polsterer und Schachtmeister in das zu schaffende Tarifverhältnis, über Lehrlingslöhne, über Zahlung von Lohnausfall wegen Krankheit, Todesfall, Materialmangel oder Betriebsstörung, über Ferien, Tarifierung der Akkordarbeit, feste Lohnspanne zwischen Gelehrten und Ungelernten, Grenze des Vollarbeiterlohnes, über Fragen der Betriebsvertretung und Bestimmungen für die Schlichtungsinstanzen. In einigen mehr untergeordneten Fragen ergab sich eine Einigung, über die Hauptpunkte, die erst teilweise verhandelt sind, jedoch noch nicht.

Immerhin steht nunmehr fest, daß beide Parteien gewillt sind, einen Reichstarifvertrag voll durchzuführen und wenn möglich abzuschließen. Allerdings werden bis dahin noch einige Monate verstreichen. Es ist auch möglich, daß sich der endgültigen Einigung noch derartige Hindernisse in den Weg stellen, die die Verhandlungen schließlich zum Scheitern bringen. Jedenfall ist beschlossen worden, am 20. Dezember und folgende Tage weiterzuverhandeln.

Neue Befoldungsordnung Berlins.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, nachzuprüfen, ob und inwieweit nach der Aufhebung des Sperrgesetzes die Befoldungsordnung anders gestaltet werden kann, vor allem in bezug auf eine Neuverteilung der Eingangsgruppen und eine Besserung der Aufzuckermöglichkeiten.



trias

BEROLINA

Alle Moden überdauernd ist seit Jahrzehnten die

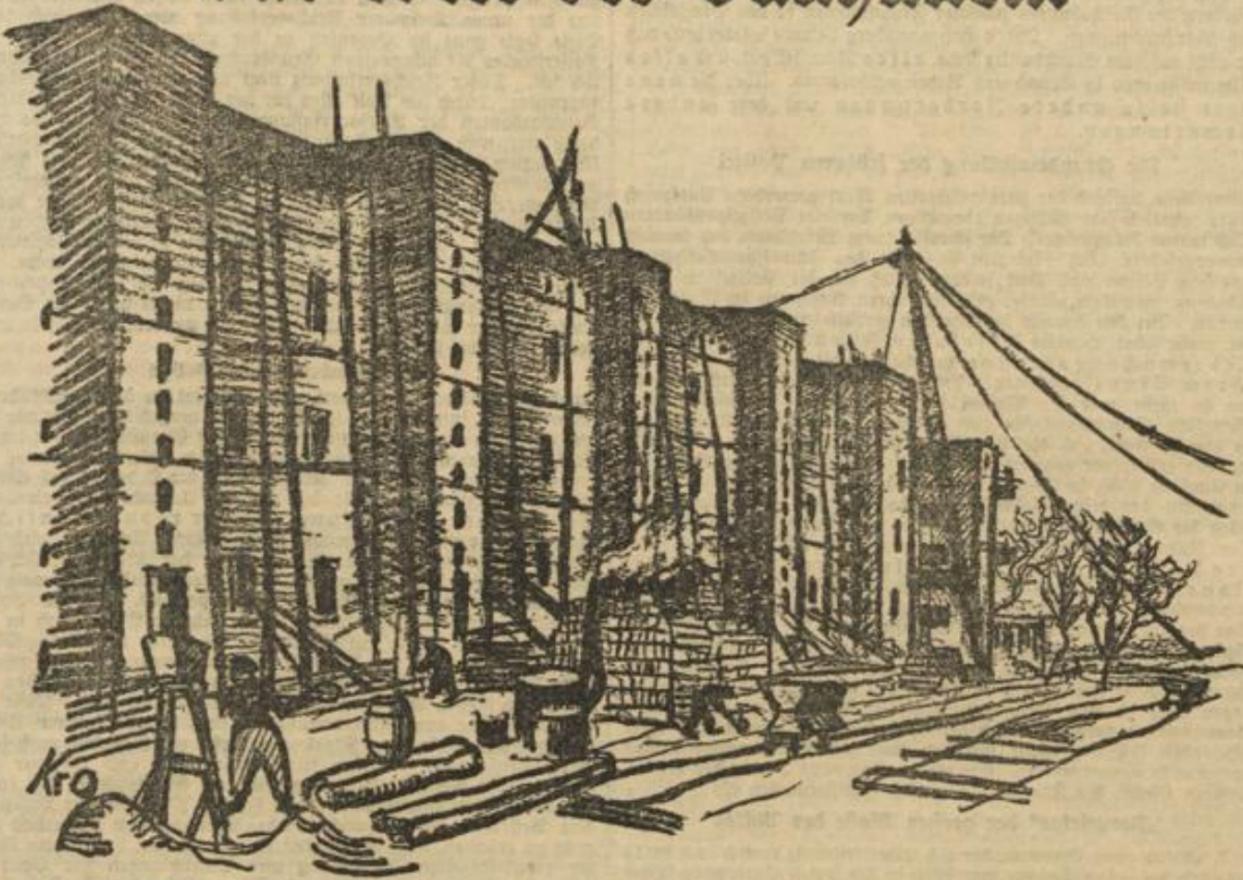
KÖNIGIN VON SABA

Die Lieblingszigarette der Berliner Selbst ein Ur-Berliner Kind, ist sie getragen von der Wertschätzung der werktätigen Bevölkerung aller Berufsstände und dank Ihrer stets gleichen

QUALITÄT

Die volkstümlichste Zigarette.

Das Werk der Bauhütten.



Die Bauhüttenorganisation, der „Verband sozialer Baubetriebe“, hat in seiner Zeitschrift „Soziale Bauwelt“ den Geschäftsbericht für das Jahr 1925 veröffentlicht. Ueberraschend gut hat diese junge Organisation, deren Vorläufer die von Bauarbeitern in den ersten Nachkriegsjahren geschaffenen Genossenschaftsbetriebe waren, die Wirtschaftskrise überstanden. Die Bauhüttenbewegung hat sich in der Zeit der wirtschaftlichen Widerwärtigkeiten gut geschlagen. Zahlungsunfähigkeit einzelner Auftraggeber, hervorgerufen durch schlechte Finanzierung der Bauvorhaben, Einstellung von Zahlungen wirtschaftlich schwacher Bauherren, Lieferungsboykott und nicht zuletzt die mit immer unfaireren Mitteln arbeitende Privatindustrie haben nur einzelne Betriebe gefährden können. Der Verband selbst kann das Jahr 1925 als ein Jahr des Erfolges harter und anstrengender, aber erfolgreicher Arbeit verbuchen.

Der Verband sozialer Baubetriebe.

Am 31. Dezember 1925 waren im „Verband sozialer Baubetriebe“ 168 Produktivbetriebe und 11 Bauhüttenbetriebsverbände angeschlossen. Von diesen Betrieben berichteten fast 160, und zwar 7 Bauhüttenbetriebsverbände, 139 Bauhauptbetriebe und 19 Nebenbetriebe. An Nebenbetrieben sind 8 Malerei-, 2 Töpferei- und je ein Elektriker-, Steinmetz-, Tischler-, Klempner-, Dachdecker-, Baustoffhandel-, Heiz- und Wasseranlagenbetrieb und ein Betonsteinwerk vorhanden. Durch eigene Betriebe, die auch die Nebenarbeiten der Bauvorhaben ausführen, ist neben der guten Zusammenarbeit, der sachgemäßen Ausführung der Nebenarbeiten vor allem die Preisgestaltung gesichert. In 162 Betrieben waren durchschnittlich 14 006 Mann Personal beschäftigt. Zur Zeit des besten Geschäftsganges wurden 22 611 Menschen beschäftigt. Der Berliner Bauhüttenbetriebsverband, der 27 Betriebe umfaßt, beschäftigte durchschnittlich 1337 Mann.

Von 151 Betrieben ist eine Umsatz- und Leistungsstatistik aufgestellt, nach der diese Betriebe einen Umsatz von 68,4 Millionen Mark hatten. Davon entfielen auf Bauten für zwei gemeinnützige Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften 38,6 Millionen Mark oder 56 Proz. des gesamten Umsatzes. Auf Bauten für Behörden entfielen 17,3 und für private Unternehmer und Gesellschaften 12,4 Millionen Mark. Die produktive Lohnsumme für diesen Umsatz betrug 28,1 Millionen Mark. Insgesamt wurden 30 401 Kleinwohnungen bis Ende 1925 erstellt. Die Berliner Bauhütten erzielten 12,3 Millionen Mark Umsatz, davon entfielen auf Bauten von Behörden 2,1, auf gemeinnützige Siedlungsgesellschaften und Genossenschaften 8,6 und auf private Bauaufträge 1,5 Millionen Mark. Von den Berliner Betrieben wurden im Laufe des Jahres 1925 7149 Kleinwohnungen erstellt. Alle berichtenden Betriebe hatten im Dezember 1925 einen Auftragsbestand von 22,4 Millionen Mark. Ueber die wirtschaftliche Lage der Betriebe gibt eine weitere Statistik Aufschluß. Die zusammengezogenen Bilanzen ergaben, daß die Anlagewerte mit 6,7, die Umsatzaufmittel mit 21,3 und die Forderungen für noch nicht abgerechnete Bauten mit 16,2 Millionen Mark zu beziffern sind. Das eigene Kapital der Betriebe ist mit 4,8 und die Kredite mit 23,8 Millionen Mark eingezahlt. Eine Gewinn- und Verlustberechnung ergab ein äußerst günstiges Bild. Von 146 Betrieben haben 41 mit Verlust und 105 mit Gewinn abgeschlossen. Der Gesamtverlust beläuft sich auf 504 000 Mark und der Gewinn auf 740 000 Mark.

Wie die Gegner arbeiten!

Die Verluste der meisten Betriebe sind darauf zurückzuführen, daß die Privatindustrie mit allen Mitteln arbeitet, um diese Betriebe zu zerschlagen. Ein Beispiel, wie die sozialen Betriebe schikanieren werden, gibt ein Bericht der Bauhütte Berlin. Dort wurden durch Ausschreibungen Kostenschläge verlangt und dabei wichtige Tatsachen, die eine Verbilligung des Anschlages zur Folge gehabt hätten,

nicht mitgeteilt. Den privaten Unternehmern waren diese Tatsachen aber bekannt. Sie konnten bei ihren Anschlüssen auch diese Tatsachen berücksichtigen, einen billigeren Anschlag einreichen und den Auftrag für sich erhalten. Die Bauhütte Jwkow hatte für die Stadt Crossen an der Rulbe bei einer Ausschreibung den billigsten Kostenschlag geliefert. Trotzdem erhielt eine Firma Redmann den Auftrag zu geänderten Bedingungen für 41 000 Mark. Die Bauhütte hat im ersten Anschlag 40 600 Mark verlangt und hätte bei den geänderten Bedingungen den Preis noch um 2636,30 Mark ermäßigen können. Ein anderes Beispiel, wie gegen unsere Bauhütten gearbeitet wird, ist der Konkurs der Bauhütte Leer. Die Stadt Leer hatte der Bauhütte den Auftrag überschrieben, die Kanalisationsarbeiten für den neuen Markt auf der Reese zu einem Preis von 69 000 Mark, der sich auf gleicher Basis mit den zur Konkurrenz herangezogenen Firmen hielt, auszuführen. Die Bauhütte hatte trotz großer Regengüsse, die die Arbeiten erheblich erschwerten, den Auftrag bis auf eine Strecke von 478 Metern fertiggestellt. Bei dieser letzten Strecke stellte sich heraus, daß die vom Magistrat angestellten Bodenerkundungen nicht zuträfen. Die Strecke war vollständig verschlammte und voller Sumpf. Die Bauhütte konnte trotz größter Anstrengung des Geländes bei den zur Verfügung stehenden geldlichen Mitteln nicht Herr werden. Geschäftsführung und Arbeiter arbeiteten angetrennt Tag und Nacht. Vorgeblich bemühte sich die Bauhütte um Zahlung eines Zuschusses für die erschwerten Arbeiten. Der Magistrat verweigerte den Zuschuß und sperrte, als die Bauhütte darauf die Arbeiten einstellte, auch die Mittel für die von der Bauhütte für die Stadt errichteten Hochbauten. Die privaten Firmen beizügeln sich und sperrten die Lieferungen. Als darauf die Bauhütte in Konkurs ging, wurde der Auftrag für die restliche Strecke an eine neue Firma vergeben, die allein für diese Strecke 95 000 Mark verlangte. Der Bauhütte wird ein Zuschuß verweigert, der privaten Firma aber wurde ohne weiteres eine wesentliche höhere Summe bewilligt.

Einigkeit macht stark.

Trotz dieser Schikanen der Privatindustrie hat der Verband sozialer Baubetriebe bei der größten Anzahl seiner Betriebe nicht nur eine gute Beschäftigung, sondern auch erhebliche Gewinne zu verzeichnen. In der Erkenntnis, daß der Zusammenschluß der Bauhütten eine Macht schafft, der es möglich ist, auf das Baugewerbe erheblichen Einfluß zu gewinnen, hatten die Bauhütten sich zusammengeschlossen. Der Verband sozialer Baubetriebe hat in der Zeit seines kurzen Bestehens für die Betriebe praktische Arbeit durch seine Abteilung für wirtschaftliche Betriebsführung leisten können. Der Leiter dieser Abteilung, Ingenieur Otto Rhode, ist von dem Grundgedanken ausgegangen, daß es nicht darauf ankommt, die Baukostenverbilligung durch Verkleinerung und Vereinfachung der Bauten zu erreichen. Es muß geprüft werden, ob es nicht möglich ist, die Arbeit zu vereinfachen und so zu sparen. Rechnet man nicht nur den Arbeitslohn, der im Bau, sondern auch den Lohn, der in den Baustoffen steckt, so ergibt sich, daß 80 bis 85 Proz. der gesamten Baujahres Arbeitslohn ist. Durch Einführung rationaler Arbeitsmethoden ist eine Kostenverminderung bis zu 40 Proz. möglich. Der Verband sozialer Baubetriebe hat sich im letzten Jahr dem Reihenaufbau zugewandt, um auch in der Bauwirtschaft die Vorteile der Normung zur Anwendung zu bringen. An Hand von Modellbauten wird der Typ sorgfältig ausgearbeitet und die Arbeit so vorbereitet, daß kein Leerlauf von Arbeitskräften die Produktionskosten verteuern kann. So arbeiten in der Großsiedlung Brügge eine Kolonne Arbeiter an einer bestimmten Arbeit, sowie diese beendet ist, vertritt dieselbe Kolonne die gleiche Arbeit an dem nächsten Hause. So baut eine Kolonne nur Fundamente, eine andere nur den ersten Stock und so weiter. Durch diese Gliederung von Arbeitskolonnen wird eine schnellere Arbeitsleistung gesichert. Für den Reihenaufbau besteht die Möglichkeit einer genauen Berechnung der Baustoffmengen. Dadurch werden vor allem unnütze Transporte vermieden. Auch bei den Grundstücks- und Ausschleppungsarbeiten können erhebliche Ersparnisse erzielt werden. Die Verbilligung der Baukosten durch Maschinen kann sich nur im Reihenaufbau auswirken. Schon zur Anschaffung von Maschinen muß ein Kapital investiert werden, das nur größere Firmen ausbringen können. Wie groß die Vorteile einer wirtschaftlichen Ausnutzung der Maschinen sein können, beweist wieder die Großsiedlung Brügge. Dort werden die Ausbaggerungs- und Regulierungsarbeiten durch einen Bagger vorgenommen, der das Achtfache normaler Arbeit leistet. Die Regierkosten, die Gehälter für das technische Personal, für Baumaterialien, Modelle und dergleichen sind beim Reihenaufbau niedriger, weil nach einmal fest errechnen und inspizierten Angaben Haus für Haus erbaut wird. Die Ueberwachungskosten der Bauten werden durch die Typisierung ermöglicht. Der Bau der Großsiedlung Brügge mit tausend Wohnungen erfordert nur einen Bauführer. Die Ausgaben für Baugediplome

Die Wunder der Klara van Haag.

21] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

Da erzählte Hedwig alles von Johan. Die Gnädige, die im Nachhinein war, troch in ihr Bett und lauschte wortlos. Der Schein einer Hasenlaterne zündete in ihren großen, blanken Augen. Erst, als Hedwig schwieg, legte sie ruhig entscheidend: „Ihn sollst du zum Liebsten haben!“

„Aber wie...?“ sagte Hedwig kindlich.

„Er kommt von selbst und dann sagst du nur, nein.“

„Das habe ich doch damals...“

„Aber nächstes Mal nimmt er dich trotz deines Neins.“

Wenn er der ist, der wir glauben.“

„Soll ich ihm nachlaufen...? Ich meine...“

„Nicht einen Fußbreit.“

Hedwig war so erleichtert. Die Hasenlaterne funkelte in ihren weißen Zähnen. Sie erzählte von der Begegnung mit dem Vater in dem abendgrauen Wald, dem Opfern, und wiederholte die Worte des Vaters: „Sie ist eine Heilige! Sie kann, was sie will. Du wirst sehen, sie schenkt mir ein Rittergut!“

„Herrgott — sagte er das?“ kam es still von Frau van Haag und der Lichtschein sammelte sich in einem leuchtenden Punkt, der hastig über ihre Wange hinwegglitt. Etwas später erhob sie sich und sagte: „Ich elendes, unnützes Frauenzimmer bin hier in Knarreby gestiegen, wie ich noch nie zuvor irgendwo gestiegen bin, zur Herzogin, und jetzt zur Heiligen. Aber, so wahr warmes Blut in meinen Adern ist, will ich mich doch jedenfalls als ein Mensch gegen euch benehmen!“

Sie ging in ihr Zimmer und legte sich lautlos zu Bett. Ihr Mann lag mit der großen Barbinde da, die er sich in Berlin gekauft hatte. Die Hände hielt er fromm, altweiberhaft über der Decke gefaltet. Sie mußte lachen und dachte im selben Augenblick, daß sie das nie getan hatte, — über ihn.

Ja, aber unter diesem Gesichtswinkel konnte er ja auch betrachtet werden.

Kurz darauf war sie ungefürt hoch droben in lichten Gedanken.

Ein Rittergut und eine Predigerstelle, eine Amerikareise und ein Maler mit großem Hut... das war zwar nicht so leicht... aber...

8. Kapitel.

Zwei Monate vergangen. In der Regel geschiebt in Knarreby in zwei Monaten nicht viel. Aber die Regel ist aufgehoben, seit Frau van Haag in die Stadt kam. Sie unternimmt fast täglich etwas Neues, Aufsehenerregendes. — Gestern hielt sie ein durchgegangenes Pferd an. Morgen soll Kindtaufe bei — nicht bei Staatsrats, sondern bei — Paternenanzündern sein. Was sie heute will, mag Gott wissen. Sieh, da kommt sie über die Fliesen gegangen — ja, getanzelt möchte man fast sagen — nicht nennenswert angezogen. Nicht einmal mit Handschuhen, nicht einmal im Mantel, nur mit ihrem weißen Hut.

Sie bleibt beim „Manufakturwarenhause“ stehen, wie Kaufmann Lund seinen Laden zu nennen beliebt. Im Fenster sind drei Mäntel auf Statuen ausgestellt. Auf die wirft die Gnädige einen flüchtigen Blick.

Aber der kleine Lund wird wie eine gereizte Schmeißfliege hinter der Scheibe.

Du Gütiger, wenn man die Zöllnerin zur Kundin bekommen könnte!

Er schießt ans Pult, und im nächsten Augenblick sieht Frau van Haag seine kleine runde Hand sich von hinten zwischen die ausgestellten Mäntel schleichen und mit einer Stecknadel einen Fettel auf den häßlichsten heften.

Neueste Mode.

Herabgesetzter Preis: 52 Kr. 97 Vere.

Die Gnädige hebt die Brauen und geht, aber Lund springt auf die Treppe heraus und ruft:

„Prachtvolles Wetter!“

Sie wendet den Kopf und sieht ihn von oben bis unten an, daß er wie ein Witz zusammenfällt. Doch vermag er noch inmitten seines Elends sein heiterlächelndes Gesicht zu bewahren.

„Prachtvolles Wetter,“ wiederholt er und denkt: Einertei, jezt bleibt sie stehen.

„Ich bemerkte, daß gnädige Frau meine Fenster besahen. Anscheinend mit Wohlwollen. So etwas entdeckt ein geübtes Kaufmannsauge gleich. Aber wollen gnädige Frau nicht das Lager in Augenschein nehmen. Außer diesen im Fenster habe ich ja massenhaft Sachen. Massenhaft Sachen. Der braune neben dem, den Sie angesehen, geht für 42,82.“

„Rein — danke — ich glaube —“

„Rein, aber durchaus nicht, daß gnädige Frau etwas kaufen sollen. Es freut mich nur, wenn die Leute meine Sachen sehen wollen. Leute mit Bildung natürlich. Leute mit schickem Geschmack. Davon haben wir nicht soviel hier in Knarreby. Hääh!“

Die Gnädige wartete; sie brachte es heute nicht übers Herz, einem Wurm etwas zusehe zu tun. Das entdeckten Lunds kleine, blanke, geübte Kaufmannsauge; er brauchte nur beiseite zu treten und zu sagen: Bitte, bitte, bittel! Da trat Frau van Haag feufzend in seine Tür.

„Ich muß der gnädigen Frau sagen, daß ich soeben neue Waren für die Saison erhalten habe. Prachtvolle Neuheiten in Mänteln zum Beispiel. Zu allen Preisen. Der links geht zu 45. Der, den Sie ansehen, ist natürlich der schönste und geschmackvollste. Vollkommen schick und modern, wie man sie in Kopenhagen trägt.“

Lund sprang hinzu und zerzte das erwähnte Prachtstück rückwärts zum Fenster heraus, daß es der Gnädigen direkt auf den Leib rückte.

„Ja, nein, offen gestanden, gefällt es mir nicht recht,“ sagte die Gnädige.

Lund stutzte; er wurde einen Augenblick ganz ernst und trat einen Schritt zurück, um selbst zu sehen, was in aller Welt sie da gegen haben konnte. War etwas gefpart, um es so schick und geschmackvoll und modern wie möglich zu machen? Nein! Selbst die Architektur war nach den Erfordernissen des ersten Modestückes aus- und eingewunden und die Ausschmückung dazu mit verschwenderischer Hand vorgenommen. Auf Kragen, Taschen und Ärmeln saßen Knöpfe, so dicht wie auf den Pappstücken, die er in seiner Schublade hatte. Hie und da baumelten kleine Quasten.

Rein. Die Leute wurden zu unbillig, sie verlangten wahrhaftig viel zu viel für ihre 52 Kronen 97 Vere. Lund warf einen besonders verlebten Blick auf den kleinen dreieckigen Spiegel aus magentaroher Seide, der auf jeder Kragenspitze eingelegt war. Ob die Zöllnerin auch die beiden gesehen hatte? Und hatte sie die Spitzen gesehen? Die Spitzen mit Gold und Silber und mit Schauglanz!

„Die Postmeisterin fand ihn zaubernd,“ sagte Lund und beobachtete, welche Wirkung diese Mitteilung auf die Gnädige ausübte. Keine! Wertwürdig! Er fuhr fort: „Sie fand ihn auch nicht zu teuer...“

„Rein, nein, durchaus nicht...“

(Fortsetzung folgt.)

richten sich nach der Bauzeit. Je länger ein Bau dauert, um so höher werden diese Ausgaben. Beim Einzelbau läßt sich die Bauzeit nicht auf ein Minimum drücken, weil die Zeit des Verlaufs, das Trocknen des Rohbaues, sich nicht verkürzen läßt. Beim Reihenaufbau kann während dieses Verlaufs an anderen Häusern gearbeitet werden, so daß sich die Bauzeit eines Einfamilienhauses mit fortschreitender Entwicklung der Technik von 99 auf 45 Tagen ermäßigen kann.

Der Verband sozialer Baubetriebe hat mit den angebotenen Aufgaben praktische Wege zur Verbilligung des Wohnungsbaues besprochen. Normung ist heute mehr als ein Schlagwort. Aber gerade in der Bauindustrie ist hier noch so gut wie alles zu leisten. Die Fachhütten werden zu ihrem Teil bereit sein, nach den neuesten Erkenntnissen zu arbeiten.

Die Landjäger Seiner Majestät.

Idyll vor Berlins Toren.

Der Herr Oberlandjäger Pulz in Großbeeren ist von seiner Erziehungswelt und ihren Auswirkungen tiefinnerlich überzeugt. Herr Pulz, der gern Rudendorff-Strategie in miniature betätigt, sah sich von einer Ansammlung von etwa zehn Menschen zu Amishandlungen gedrängt, da ihm diese „Hausbildung“ den Großbeeren Weltbürgerlehre lahmzulegen schien. So trieb er denn die feindlichen Heerhaufen auseinander, unterstützt von seinem Kollegen Fenz, seines Zeichens Polizeibetriebsassistent, dem eine Anzahl Zeugen in der gestrigen Verhandlung in Reobit bescheinigten, daß er seinen staatsrettenden Dienst in erheblich angetrunkenem Zustand versehen habe. Bei der Affäre kam der Reichsbannermann Schombach mit den eisenschlechten Staatsorganen in Konflikt und wurde in erster Instanz zu 30 M. Geldstrafe wegen Widerstands verurteilt, die Rebenlage des sich beleidigt fühlenden Assistenten Fenz dagegen abgewiesen. Die zweite Instanz brachte den Aufmarsch von rund 40 Zeugen und sehr charakteristische Momente. Es ist schon ein idyllischer Zustand, wenn republikanische Polizeibeamte Stahlhelmpublikum bei „Straßenräumungen“ ungeschoren lassen, weil man, wie nato verlautet, doch Zeugen für entl. Fälle haben müsse, wenn, wie Zeugen vor Gericht auslagen, einer dieser Polizeipräsidenten „Im Namen Seiner Majestät“ das Publikum auseinanderprengt, ein anderer den Staat, der ihn ernährt, als „polnische Republik“ bezeichnet. Auf Schombach scheint man in den stürzten Kreisen des Dorfes eine fast psychopathische Wut zu haben, sehr bezeichnend dafür ist die angebliche Aeußerung des Amtsvorstehers Leske, ob sie (die Landjäger) es „dann nun endlich mal geschafft hätten“, d. h. den Sch. zu provozieren und zur Anzeige zu bringen. Der Lathefitant ist hier wiederholt wiedergegeben: Ohne sachbaren Grund sind die Landjäger während der „Straßenraufung“ zur Verhaftung des Sch. geschritten, als dieser in sein Hausgrundstück treten wollte. Er hielt sich einen Augenblick am Türpfosten fest: Widerstand. Protestierte dagegen, mit dem berufenen Fenz zu verhandeln und rief: „Seht, der Fenz ist so besoffen.“ Beamtenbeleidigung. Die Beweisaufnahme, während der es zu heftigen Konflikten zwischen dem Verteidiger des Angeklagten und dem Vorsitzenden kommt, wird zur moralischen Skizze für Pulz und Fenz. Fenz versichert unter Eid, daß er völlig nüchtern gewesen sei, mehrere Zeugen beschwören seine Trunkenheit. Fenz versichert nicht geraucht zu haben, sechs, sieben Zeugen beidseitig das Gegenteil. Der eigene Sohn steht gegen den Vater auf und bezeugt ihn einer Unmährheit. Pulz, der Fenz assistiert, weicht in seinen Auslagen sehr stark von den Bekundungen der meisten Zeugen ab. Wer schwur hier Meinel? Das Gericht folgte trotz der Ergebnisse der Beweisaufnahme in allen Punkten dem Plädoyer des Nebenklägeranwalts, verwarf Sch. Berufung, hob das freisprechende Urteil erster Instanz auf und verurteilte den Angeklagten wegen Widerstands zu 30 M. Geldstrafe, Gerichtskosten und Publikation. — Ben nähme das wunder?

„Hinaus mit ihnen!“

Seine dritte „Helbentat“.

„Sch'n Se.“ meint der Herr Hauswirt nach der Verhandlung, die zu seinen Gunsten entschieden ward, „wen id raus ham will, den bring id noch raus.“ Dies ist seine dritte „Helbentat“.

Die traurige Vorgeschichte ist folgende: In einer dumpfen feuchten Kellerwohnung des Hauses, Lichterfelde, Wolkestraße 20, haust ein schwer asthmaleidender, seit langer, langer Zeit arbeitsunfähiger Mann mit einer tränklichen Frau, zwei tuberkulösen Kindern und der Schwester der Frau. Bis zum Jahre 1924 war der Mann in Westfalen als Grubenarbeiter tätig. Im Oktober 1924 erkrankte er an einer schweren Rippenfellentzündung, die sein jegiges Asthmaleiden im Gefolge hatte. Da sich die Krankheit immer mehr verschlimmerte, nahmen sich die Verwandten der Familie an und ließen sie zurück nach Berlin kommen. Der Mann wohnte nun bei seinem Vater, Frau und Kinder bei ihrem Vater, welcher letzterer die jegige Wohnung gemeinsam mit der unehelichen Tochter inne hatte. Als Anfang November 1925 der Vater der Frau starb, trat sie gemeinsam mit ihrer Schwester den hinterlassenen Besitz samt der Wohnung als berechtigte Erbin an. Bei Ausfertigung des neuen Mietkontraktes beantragte der Hauswirt einen Mietszuschlag von monatlich 5 M., auf den sich die Partei nicht einlassen wollte. Die Schwester der Frau verweigerte daraufhin ihre Unterschrift im Mietkontrakt, die Frau unterschrieb und der Hauswirt setzte unter ihre Unterschrift den Vermerk: „Unter Vorbehalt“. Trotzdem nahm er die Anmietung des Mannes ohne weiteres an, das Wohnungsamt bestätigte den Leuten ihr Wohnrecht und riet ihnen nach, sich des lieben Friedens wegen mit dem Mietzuschlag auszuweichen. Der Hauswirt war mit diesem ganzen Vorgang von vornherein nicht recht einverstanden, anerkannte bloß die Schwester als mieterberechtigt, schämte die Menschen auf alle erdenkliche Art und Weise und beständig sie aufs schwerste. Einmal mußten die Blumenstöcke vom Fensterbrett verschwinden, da sie die Aussicht „verunzieren“ — bei welcher Gelegenheit er ihnen aus Wut die Scheibe einschlug — dann hätten die Kinder nach ihm die Junge gestreift und so weiter. Er nannte sie Gauner und Lumpen, die bloß auf den Tod des Vaters spekuliert und sich die Wohnung „erschlichen“ hätten. Ohnmächtig standen die Schwägerinnen all diesen Robeiten gegenüber, immer im stillen hoffend, daß sie vielleicht in absehbarer Zeit eine andere Wohnung erhalten würden, da eine Wohnungs-Kommission die Wohnung wegen ihrer starken Feuchtigkeit als nicht bewohnbar bezeichnet hatte. Statt dessen zitiert man sie vors Gericht und verkündet ihnen mit düren Worten, daß sie bis 1. Dezember 1926 die Wohnung zu räumen hätten, da sie nur vorübergehende Wohnberechtigung hatten und auch diese ohne Genehmigung des Hauswirts! Das Urteil, auf Grund dessen sie Einspruch erheben könnten und das bereits anfangs November erfolgte, wurde ihnen trotz endloser Schreiben bis heute nicht zugestellt. Das Wohnungsamt weicht von all dem Geschehenen nichts und kann natürlich auch nicht dagegen einschreiten. Wenn es der Familie vielleicht gelingt, mit Hilfe der Polizei in der Wohnung verbleiben zu können, dann begibt sie sich ihres Dreinguckensanspruches beim Wohnungsamt und ist auf unabsehbare Zeit der Willkür des Hauswirts restlos ausgeliefert. Was geschieht nun?

Geräufelsturz in der Bilowstraße.

Auf dem Treppenturm in Höhe des fünften Stockwerkes im Seitenflügel des Hauses Bilowstraße 90, wo Bauarbeiten ausgeführt wurden, brach gestern nachmittag ein Holzgerüst zusammen, auf dem gerade vier Handwerker beschäftigt waren. Glücklicherweise verließ der Sturz außerst glimpflich. Während drei von den Arbeitern unverletzt blieben und mit dem Schrecken davonglitten, zog sich der vierte Arbeiter einen Knöchelbruch zu.

Die Polizei im neuen Staat.

Mit dem Volk! — Für die Republik!

Ueber „Die Polizei im neuen Staat“ sprach am Mittwoch abend der stellvertretende Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, vor zahlreichen Mitgliedern des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten in den Pracht Sälen am Märchenbrunnen. Oberst Heimannsberg betonte wiederholt, daß er nicht auf dem Standpunkt stehe, alles Neue sei gut, und alles Alte müsse man in Grund und Boden verdammen. Aber die neue Zeit stelle andere Forderungen und hege andere Erwartungen.

Die Grundeinstellung der früheren Polizei

Kenntnisse treffend der zum geflügelten Wort gewordene Ausspruch eines sicherlich sehr tüchtigen ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten: „Ich warne Neugierige!“ Der schroffe, kurze Befehlston, das bewußt herorgekehrte „Ach“ spiegeln so recht das damalige Verhältnis zwischen Polizei und Volk wieder. Daß sich die Polizei in dieser Richtung entwickeln mußte, geht aus ihren Anfängen im Mittelalter hervor. Bei den damals herrschenden zerrütteten Zuständen waren die mehr oder weniger absoluten Fürsten gezwungen, sich Ueberwachungsorgane zu schaffen, die natürlich ganz in ihrem Sinne arbeiteten. Und je absoluter ein Fürst regierte, um so mehr war die Polizei sein persönliches Wachstumsinstrument. Befehlshaber Grundfragen für eine geregelte polizeiliche Tätigkeit gab es damals nicht, und die Begriffe „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ wurden erst später geprägt. Durch die Auflehnungen der Völker — in England 1688, in Frankreich 1789, in Deutschland 1848 — wurde zwar mit der rein absolutistischen Polizeigewalt aufgeräumt, doch blieb die Grundeinstellung der Polizei zum Volke fast unverändert. Der Rechner ging dann im einzelnen auf die Pressezensur, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht ein und erinnerte in diesem Zusammenhang an das Jesuitengesetz und das Sozialistengesetz. Das bewußt aufrecht erhaltene Klassensystem in der Bevölkerung, die Bevorzugung einzelner Stände, die Sonderrechte und Sonderstellungen, die die vielen kleinen und größeren Fürsten und Herrscherhäuser mit ihren Familien in den deutschen Ländern besaßen, zogen auch in dem Beamtentum dieser Länder einen besonderen Beamtenstand groß und auch die Polizeibeamten waren trotz ihrer dauernden Führungsnahme mit den sonstigen Bevölkerungsschichten davon nicht ausgenommen. Sie waren eben nicht Diener des Volkes, sondern Diener des Königs, fühlten sich gewissermaßen als

„Vorgehete“ der großen Masse des Volkes

und führten einen Amstun, der sich leider teilweise noch bis heute erhalten hat. Der Beamte war eben in der freien Entfaltung seiner persönlichen Eigenheiten behindert, ein Produkt seiner Zeit und seiner rein militärischen Erziehung, ganz im Gegensatz zur mehr politischen Erziehung unserer heutigen Beamten. Die Folgen dieser Grundeinstellung der Polizei vom einst zum Volk zeigten sich in einer Entfremdung zum Volk, die sich bis zur Erbitterung steigerte. Aber noch auf andere Weise trat die Gegenwirkung des Volkes hervor; und zwar durch Erwartung der dem Staat mehr und mehr erwachsenden politischen Gegner, durch Bildung großer mächtiger Organisationen. Und wenn diese sich ebenfalls 1918 gegen die Monarchie und für Errichtung einer demokratischen Republik erklärt haben, so waren nicht zuletzt auch die Fehler des früheren Obrigkeitsstaates hinsichtlich der Handhabung seiner Polizeigewalt mitbestimmend hierfür. Und nun

die Polizei im Volksstaat!

Ich möchte der heutigen Einstellung der Polizei zum Volk die Generalregeln Worte parastellen: „Bitte, treten Sie näher!“ Nehmen Sie vertrauensvoll Fühlung mit Ihrer Polizei, arbeiten Sie Hand in Hand mit uns in der gemeinsamen Abwehr alles dessen, was unserem Staatswesen und damit auch unserem Volk schädlich ist. Wir sind kein Obrigkeitsstaat mehr, sondern ein Volksstaat, in dem alle staatliche Macht nur dem Volke entspringt und in dem nicht das bevorrechtete Wohl eines mehr oder weniger

beschränkten Personenkreises ausschlaggebend ist, sondern das Gesamtwohl aller Staatsbürger als Schicksalsgemeinschaft, als Deutsches Volk. Arbeiten Sie mit! — Die erste Umstellung des Verhältnisses zwischen Polizei und Volk in diesem neuzeitlichen Geiste ergab sich aus der neuen Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919. Diese legte ganz im Gegensatz zu der alten Reichsverfassung des Kaiserstaates die allgemeinen Grundrechte aller Deutschen ausdrücklich fest. Dieser Reichsverfassung liegt nun vor allem ein Gedanke zugrunde: Durch das Volk alles für das Volk! Entsprechend diesem Grundgedanken der Reichsverfassung sind auch die Polizeibeamten heute nur noch dem Volksganzen, dem Volksstaate verantwortlich, und darum haben sie sich nicht als über, sondern im Volk stehend zu betrachten, sie dienen mit dem Publikum den allen gemeinsamen Volksinteressen und damit auch dem Staatsinteresse. Diese innere Umstellung des Polizeibeamten zum Volk muß verlangt werden und wird verlangt. Eines der ersten Grundrechte ist die Rechtsgleichheit aller Deutschen. Es gibt keine Standesunterschiede mehr, die früheren Privilegien sind aufgehoben. Daß die Polizei sich noch auf alte Polizeigesetze stützen muß, ändert nichts an dieser Grundeinstellung der Polizei zum Volk... Sie werden, wo es sein muß, geändert. Dabei hat sich

der Aufgabenkreis der Polizei

unseres Volksstaates erweitert und erfordert in der Durchführung immer mehr spezialistisch geschulte und vorgebildete Beamte für den zusehends anwachsenden Verkehr in den Großstädten, das immer stärkeren Hervortreten des internationalen Verbrechertums, die immer schwieriger werdende Ueberwachung der Ordnung und Sicherheit im Großstadtleben, für die wichtige Aufgabe des besonderen Schutzes der Verfassung und der republikanischen Staatsform. Und gerade diese letztere Aufgabe wird der Polizei durch die politische Landbauarbeit der Kreise, die sich nur ganz allein für „deutsch gelinnt“ halten und sich wer weiß wie „waterländisch“ gebärden, unnötig schwer gemacht. Für die Polizei des republikanischen Volksstaates ergibt sich die Pflicht, daß in den eigenen Reihen streng auf Beachtung der durch das Treuegelöbte zur Verfassung und zur Republik übernommenen Pflichten geachtet wird und daß der Nachwuchs, besonders in den Führerstellen der Polizei, in diesem Geiste erzogen und herangebildet wird. Nicht nur Pflichterfüllung aus Pflichtbewußtsein, sondern aus innerer Ueberzeugung aus Liebe zum Staat, aus Liebe zur Republik muß jeder Polizeioffizier und Beamte seine Pflicht tun und Schützer und Förderer der Republik sein. Und für uns Staatsbürger des freien republikanischen Volksstaates erlaubt sich die Pflicht, unsere Polizei in dem Bestreben, die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten, nach Möglichkeit zu unterstützen, ihr in dem Schutz der republikanischen Verfassung und Einrichtungen zur Seite zu stehen und die uns verfassungsmäßig zustehenden Freiheitsrechte nicht zu persönlichen Zwecken zu mißbrauchen, sondern sie zum Wohle der Allgemeinheit, des Volksganzen anzuwenden.

Andererseits muß sich die Polizei von kleinlichen Bevormundungen freizubehalten suchen, muß sich der verständnisvollen Mitarbeit der übrigen Volksgenossen zu versichern suchen, und durch höfliches, entgegenkommendes Verhalten im einzelnen Fall, durch Achtung der Persönlichkeitsrechte der Volksgenossen im besonderen ein harmonisches Verhältnis zum Volksganzen herzustellen und aufrecht zu erhalten suchen. Die Polizei der Gegenwart und Zukunft soll nicht schrecken, sondern helfen, bilden, fördern, und wenn der Staatsbürger seine Polizei unterstützt, dann wird die schwarzrotgoldene Fahne über eine Volksgemeinschaft wehen, die ihr Glück in der Republik findet. Der Vortrag wurde von den Versammelten, die den weiten Saal bis auf den letzten Platz füllten, mit freudiger Zustimmung aufgenommen. Man sah unter den Versammelten die Bezirks- und Gruppenkommandeure der Berliner Schutzpolizei neben zahlreichen Offizieren und sonstigen Angehörigen der Schupo, sowie Vertreter des Ministeriums des Innern und des Berliner Polizeipräsidiums.

Bürgermeisterwahl in Spandau.

Genosse Münzinger gewählt.

Die gestrige Bezirksverordnetenversammlung in Spandau wählte den bisherigen Vorsitzenden ihrer Versammlung, Genossen Münzinger, zum stellvertretenden Bürgermeister. Die bürgerlichen Fraktionen, Zentrum, Demokraten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, argumentierten gegen diese Wahl mit der Begründung, daß für diesen Posten nur ein Jurist in Frage kommen könne und auch der ermündete Abbau des Bezirksamts dadurch verhindert werde. Die sozialdemokratische Fraktion war mit der kommunalpolitischen dahin übereingekommen, für die Wahl ihres vorgeschlagenen Kandidaten gemeinsam zu stimmen, der dann mit zwei Stimmen Mehrheit gewählt worden ist.

Auf Himmelfahrtstag!

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben! Der brutalen Gewalt ist man eben schuldig ausgeliefert. Insbesondere wenn er glaubt, aus sittlicher Ueberzeugung heraus selbst die Hand gegen seinen Nächsten nicht erheben zu dürfen. Tollstol hatte leicht reden. Er lebte auf seinem Gute und kein Mensch bedrohte ihn mit roher Gewalt. Anders aber die Heilsarmeeoldaten. Sie stehen mitten drin im Strudel des Großstadtlebens; gerade dorthin gehen sie, wo die Wogen am höchsten steigen, um die „Seelen zu reiten“. Sie dürfen sich nicht gegen die Kommands wehren, da sie die Hand gegen ihren Nächsten nicht erheben sollen. Es müssen schon ganz feige Halunken sein, die sich da an wehrlosen Männern und Frauen vergeifen. Es war Himmelfahrt. Eine Gruppe von sechs Heilsarmeeoldaten lagerten im Freien. Da kam eine Kolke heizunterer junger Leute des Weges. Der eine von den jungen Leuten B., der schon wegen Körperverletzung vorbestraft war, belästigte eine der Frauen. Ein Heilsarmeeoldat wehrte ab; da schlug B. auf ihn ein und spaltete ihm die Lippe. Die Heilsarmeeleute waren wehrlos. Zum Glück kam ein Schupomann daher. Da ging der Knobdy auch auf ihn los, schlug ihm den Schädel vom Kopf und verfeigte ihm einen Schlag ins Gesicht. So standen B. und sein Kollege R. vor dem Amtsgericht Charlottenburg unter Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der täglich beleidigte Heilsarmeeoldat hatte keine Strafanzeige erstattet. Das Gericht verurteilte den Haupttäter zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und seinen Freund R. zu 3 Monaten.

Jugendliche als Eisenbahnattentäter.

In einem Erlaß des Preussischen Kultusministers werden die Provinzialschulkollegien und die Regierungen auf die zahlreichen Fälle von Steinwürfen und auf vereinzelt Schießereien aufmerksam gemacht, als deren Täter Jugendliche, insbesondere auch schulpflichtige Kinder, ermittelt oder beobachtet worden sind. Reyerdingen kommen auch Anschläge auf Züge durch Jugendliche vor, die Steine, Holz u. dgl. auf die Schienen legen oder an Signaleinrichtungen Störungen verursachen. Die Betriebsämter und Betriebsinspektionen sowie die Reichsbahndirektionen sind zwecks Bekämpfung derartigen Handlungen wiederholt an die örtlichen Schulbehörden heranzutreten. Der Minister bezeichnet es vielmehr, dem Amtlichen Preussischen Presseblatt zufolge, in seinem Erlaß als notwendig, allgemein die Schüler auf die Folgen solcher unverantwortlichen Handlungen nachdrücklich hinzuweisen und diese Handlungen in regelmäßigen Zeitabständen zu wiederholen.

Das Verbrechen von Hoppegarten.

14 Jahre Zuchthaus.

Das Landgericht III hat in der Sache Eljwinatz und Wegner, die in der Nacht auf den 25. April v. J. den Wächter Buchholz erschossen haben, ein salomonisches Urteil gefällt. Da es nicht mit Sicherheit festzustellen war, wer von den Angeklagten den tödlichen Schuß abgefeuert hat, so wurden beide auf Grund des § 214 des Strafgesetzbuchs zu je 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht hat nur 12 Jahre Zuchthaus als angemessene Strafe erkannt. Zu diesen 12 Jahren kam aber für jeden der Angeklagten noch eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren wegen dreier schwerer Rückfallsdiebstähle und drei Monate Gefängnis wegen unbefugten Waffenbesitzes hinzu. Alle diese Strafen wurden zu einer Zuchthausstrafe von je 14 Jahren zusammengezogen. Außerdem wurden den Verurteilten auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren abgeprochen.

Rote Frontkämpfer vor dem italienischen Konsulat. Eine Schar roter Frontkämpfer, die an einem Demonstrationzug teilgenommen hatten und durch den Tiergarten abmarschierte, machte vor dem italienischen Konsulat in der Tiergartenstr. 6 halt. Leute niederrufe auf Russkini ertönten. Bald hatte sich eine über hundert Personen zählende Menge angeammelt, die in die Niederrufe miteinstimmig. Durch Steinwürfe sollen mehrere Fenster Scheiben zertrümmert worden sein. Schutzpolizeibeamte kamen hinzu und forderten die Menge zum Auseinandergehen auf. Während der größte Teil der RFB-Leute ihr Heil in der Flucht suchten und schnell verschwanden, wurden zwei von ihnen festgenommen; sie wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.

„Siegfried“ in der 115. Gemeindegemeinde. Mit Bing Bang, daß die ganze Aula wackelt, schmeißt Jung-Siegfried sein Schwert zurecht, das ihm helfen soll, den bösen Drachen besiegen und des Königs Tochterlein befreien. Kling Klang tönt hell und froh seine Jungensstimme, die Wangen glühen, die Haare fliegen. Als der klappt Königssohn macht er beim alten Schmiel keine Behrzeit durch, verprügelt dabei den bösen Gefellen nach Strich und Faden, erlegt als weitere Kraftprobe einen mächtigen Bär und als er sein Messerstück, sein Schwert, gemacht, zieht er in die Welt hinaus. Das Publikum unterhielt sich gorgartig, die Eltern blühten stolz, die Kollegen waren, genau wie die auf der Bühne, mit Leib und Seele dabei und feuerten die tausenden Rämpen durch begehrte Jurufe immer wieder aufs neue an. Dazwischen gab es Ansehndere und jertliche Reigen der Keinen Mädchen. Der Abend hieß: „Jung-Siegfried, der wadere Schmieljung“, ein Märchenstück von Heinrich Römer, dargestellt von Schülern der 115. Gemeindegemeinde.

Studenten der Handelshochschule Berlin! Heute, Donnerstag, den 25., und morgen, Freitag, den 26. November, finden die Wahlen zum allgemeinen Studentenauswahl statt. — Wahlrecht ist Wahlpflicht. — Jeder Genosse, jeder Student, der mit der sozialistischen Bewegung sympathisiert, wählt die Liste der Vereinigten Linken, „Republikanischer Block, Liste 3“.

Ein neues Kabel durch den pazifischen Ozean. Das Kabel durch den pazifischen Ozean ist am Dienstag dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Der englische König richtete an die Generalgouverneur von Kanada, Australien und Neuseeland eine Hofschat, in der er auf die Bedeutung dieses neuen Verkehrsmittels hinwies.

„Das siehst Du!“

Immer wieder bei C. & A. diese Preise, die einen in Erstaunen versetzen, und immer wieder — wenn man sich überzeugt — Qualitäten zu diesen Preisen, die das Erstaunen in helle Freude verwandeln.

Wer darauf angewiesen ist, mit seinen Mitteln außerordentlich auszuhalten, aber doch Wert darauf legt, daß man ihn nur in guter, moderner Kleidung sieht, für den gibt's eben nur eins:

C & A
BRENNINKMEYER

Mäntel	Kleider
Fantasie-Stoff. 4 ⁷⁵	aus Popeline 6 ⁷⁵
aus Flausch 7 ⁵⁰	aus Samt 8 ⁷⁵
aus Velours 12 ⁵⁰	aus Rips 9 ⁷⁵
aus Velours mit reichem Pelz 17 ⁵⁰	aus Eolienne 7 ⁵⁰
aus Ottoman 22 ⁵⁰	aus Taff 8 ⁷⁵
aus Sealplüsch höchstgefüttert 35 ⁰⁰	aus Crêpe de chine 9 ⁷⁵
aus Sealplüsch mit reichem Pelz 55 ⁰⁰	aus guter Rips-Ware 22 ⁵⁰
Wollplüsch-Jacken 27 ⁵⁰	Gesellschafts-Kleider 25 ⁰⁰
Kinder-Mäntel	Pullover
Fantasie-Stoff. 3 ⁷⁵	Mod. Muster 2 ⁵⁰
aus Flausch 5 ⁷⁵	m. Kunstseide 6 ⁵⁰
aus Velours 9 ⁷⁵	mit Kragen 9 ⁵⁰
aus Velours mit schönem Pelz 11 ⁵⁰	Unterkleider Kunstseid. - Trikot 1 ⁷⁵

Wie finden Sie das Dolerokleid? Diese entzückende Neuheit ist reizvoll-schick aus gutem Rips mit feiner Silberkerel und zarter Crêpe de chine-Westen-Plisseerock

Er wirkt schick und sehr elegant dieser prächtige Mantel: jugendl. Form aus schönem mollenen Traverstoff, in aperer Art mit Maulwurf-Imitation reich verbrämt

22⁵⁰

14⁰⁰

Königstr. 33
Am Bth. Alexanderpl.
Chausseestr. 113 Oranienstr. 40
Beim Stettiner Bahnhof Am Oranien-Platz

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater Lichtspiele
n.w.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 Uhr: TOSCA
Schauspielhaus
8 Uhr: Lulu
Schiller-Theater
8 Uhr: Wilhelm Tell

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:

Der Troubadour
B. Malkin, Montano
S. Onégin
Abonn.-Turnus I.

Deutsches Theater
Norden 10334-35
8 Uhr
Reidhardt
v. Gneissau
von Wolfgang Goetz
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
Norden 10334-35
8 Uhr:

Karussell
von Louis Verneuil
mit Maria Orska.

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr:

Die Gefangene
Von Bourget
Regie M. Reinhardt

Sahner-Sitz
Des Künstler-Fr.
Fritz Masaryk
& „Die Königin“
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Furieuse
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der
Irthl. Weinberg
Lessing-Theater
8 Uhr: Mensch und
Uebermensch

Th. u. Kurfürstendamm
8 Uhr: Die Frau an
der Heide
Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
D. Herzogin v. Elba
Stg. 3 1/2 Uhr: (Ansch. 100)

SCALA
Nollendorf 2360
8 Uhr:
Varieté-
Neuheiten

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. im Schiffbauerdamm
8 Uhr: Täglich 8 Uhr:
Eysistrata Das Grabmal
Morgen 8 Uhr: des unbekannt
Nachfasyl Soldaten.

Komische Oper
Die große Operettenfolge
Abd. Adrienne
mit Sorak, Wessely, Wiri, Blass
Boettcher, Hell, Loebell, Schuster.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: „Die Fledermaus“
1. Erst-Bes. Vorverk. v. 10 Uhr anunterbr.

CASINO-THEATER
Neu! Heute Neu!
Mister Cornedbeef
Gutschein: Fauteuil 1 Mk. Sessel 1.50

Winter
Variete
Garten
Räuchen gestaffelt

Trabrennen Ruhleben
Donnerstag, d. 25. Novbr.
mittags 12 Uhr

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Von Mund
Zu Mund
CHARELL
REVUE
Heute und Sonn-
abend nachmittag
4 Uhr die neue Kinder-
revue Funkelnzel-
manns Märch.-Reise
mit Alfred Brann

Rose-Theater
8 1/2 Uhr:
Was ihr wollt

Immerly-Sitz
Th. Königstraße St.
Hasenheide 2110
8 Uhr: Mrs. Champs Ende
Komödienhaus
Norden 6304
8: Einbruch
Th. u. Nollendorplatz
Kurfürst 2091
8: Franziska

Deutsches Theater
Ab Sonntag, 28. November 1926, jeden
3 Uhr Sonntag nachmittag 3 Uhr
MINNA von BARNHELM
Lustspiel von G. E. Lessing
In der Inszenierung:
MAX REINHARDT
Sonnk Ralser / Grete Mosheim / Gertrud Eysoldt
Werner Schott / Jos. Klein / Hubert von Meyerinck
Philipp Manning / Hans Deppe
Preise von 1 bis 4 Mark

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Schied: Piepers Diele
Burleske von Meyel
Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brettl
Variete-Konzert-Tanz

Trianon-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Cavalier von Stag-Sing
Amerik. Sens.-Stück in 3 Akt.

Kleines Th. 8 Uhr:
Ketzern Gespräche
Metropol-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue
Wieder Metropol
Residenz-Theat.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Städt. Jugendliches verboten

Wallner-Theater
Täglich
8 Uhr:
Das Stiftungsfest
Schwank in
3 Akten

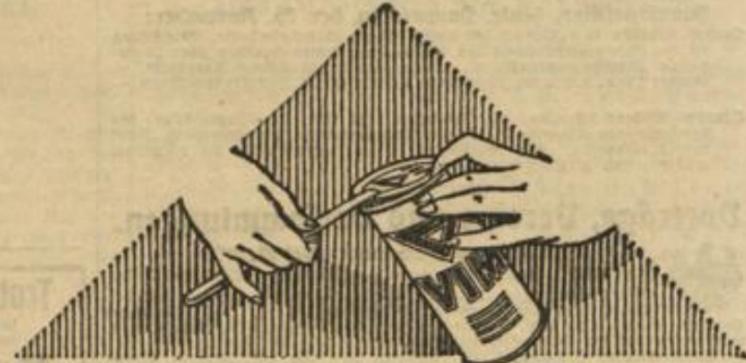
Thalia-Theater
Uhr: Der Riberpelz
Regie: Berth Viertel
Theat. d. Westens
1/2 Gastsp. Theat.
künstl. Menschen

Apollo-Th.
Nur noch bis 30.11.
Die bunte Tüte
12 fröhliche Bilder
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr:
Familien-
Vorstellung
bei halb. Preisen:
Die bunte Tüte

Blumenspenden
jeder Art
liefern preiswert
Paul Gollets,
norm. über New
Mariannestraße 3,
Ede Rougnitzstraße
Vmt Striggl. 10800.

Telefunkenröhren
RE 064 RE 154
unerreicht!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Benutzt und propagiert für den Abschluß von Ver-
sicherungen nur Euer eigenes Unternehmen, die
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Es gibt keine günstigere Versicherung, keine bessere Anlage
Eurer Spargroschen; denn alle Gewinne fließen den Versicherten
wieder zu. — Nebenamtliche Mitarbeiter werden an
allen Orten gesucht! Weitere Auskunft erteilt die
Rechnungsstelle Berlin 5 42, Ritterstraße 126, oder der Vor-
stand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58-59.



Die neue verbesserte Packung

für unser bewährtes VIM hat den Vorteil, daß durch den Blechstreuer der Inhalt gleichmäßig und sparsam, bis zum letzten Rest, herausfließt. Der Blechboden verhindert das Nasswerden des Inhalts von unten her.

VIM putzt alles.



Verbesserte Packung 30 Pfg.
Kein Verstopfen des Blechstreuers

v22

Kohlenwirtschaft und Bergarbeiterkampf.

Rückblick und Ausblick.

Der englische Bergarbeiterstreik hat tief in die internationale, besonders in das Verhältnis der englischen und deutschen Kohlenwirtschaft eingegriffen. England war Jahrzehnte vor dem Kriege das größte europäische Kohlegewinnungs- und Steinkohleexportland. Sein Bergbau ist sehr von der Natur begünstigt. Er verfügt über verhältnismäßig gutes Nebengestein und reine Kohlenabern. Solche Vorteile können von anderen Ländern, die unter geologisch schlechteren Bedingungen die Kohlegewinnung betreiben müssen, nicht leicht ausgeglichen werden. Darum konnte sich der englische Bergbau mühelos als größter Exporteur auf dem europäischen Kohlenmarkt behaupten. Diese Günstigkeit der Natur erzeugte aber auch unter den Bergbautreibenden Englands einen technischen Konservatismus, der sich einmal rächen mußte. Und er rächte sich, wenn auch spät.

Die Schuld der Regierung und des Fehlkapitals.

Die englischen Regierungen sind an der technischen Rückständigkeit im Bergbau ihres Landes nicht schuldlos. Sie wurde sogar durch Regierungsmassnahmen begünstigt. Die Bergarbeiter haben diese Mängel frühzeitig erkannt. Sie trauten dem Privatkapitalismus nicht mehr den Entschluß zu, die notwendigen Betriebsreformen und technischen Erneuerungen durchzuführen und verlangten darum ganz energisch vor der englischen Kohlenkommission die Rationalisierung des Bergbaus. Auch der erbitterte Widerstand in dem langen und harten Kampf ist zum Teil auf diese Erkenntnis zurückzuführen. Der Privatkapitalismus hat es in England, wie leider so oft und wie auch schon anderweitig, sehr wohl verstanden, Gewinne zu nehmen und auch die Allgemeinheit für sich opfern zu lassen, aber technischen Erneuerungen hat er sich verschlossen.

Vom Weltkrieg bis zur Ruhrbesetzung.

Die englische Regierung wollte während des Krieges Arbeiterkämpfe in der Rüstungsindustrie ihres Landes unter allen Umständen verhüten. Sie stellte daher beim Kriegsbeginn den Bergbau unter Staatskontrolle, garantierte darüber hinaus die Kapitalverzinsung und ordnete einen fast einheitlichen Lohn für die Bergarbeiter des ganzen Landes an. Materieell war das für den Bergbau und auch für die Bergarbeiter sehr vorteilhaft. Der Zukunft wurde aber nicht gedient. Erst 2½ Jahre nach der Beendigung des Krieges, am 31. März 1921, wurden die Zinsgarantie und die Staatskontrolle aufgehoben. Das vollzog sich schon damals nicht schmerzlos. Die Bergwerksbesitzer hatten zugleich die Lohnsätze gekündigt mit der Absicht, Lohnkürzungen bis zu 50 Schilling in der Woche (!) vorzunehmen und das nationale Lohnabkommen zu befechtigen. Es sollten nur Bezirkstarife abgeschlossen werden unter Berücksichtigung des Standes der Bergwerke. Da keine Einigung erzielt werden konnte, brach am 1. April 1921 ein Bergarbeiterstreik aus, der rund 12 Wochen dauerte. Das nationale Lohnabkommen wurde gehalten, aber umfassende Lohnkürzungen mußten hingenommen werden. Im ersten Vierteljahr 1921 hatte der Lohn im Durchschnitt der Schicht 19 Schilling 2 Pence betragen. Im 4. Quartal 1921, also nach dem Streik, betrug er nur noch 13 Schilling 8 Pence. Er ist dann aber noch weiter gesunken, und zwar bis auf 9 Schilling 5,25 Pence im vierten Vierteljahr 1922.

Noch mehr als der Bergarbeiterlohn wurden die Kohlenpreise damals gesenkt. Im Juli 1920 war der höchste Preisstand mit 85 Schilling je Tonne (1016 Kilogramm) für den Durchschnitt aller Sorten erreicht worden. Bis zum Dezember 1922 war er auf 22 Schilling 7 Pence gesunken. Die verhältnismäßig lange Dauer des Streiks 1921 hatte die damals schon in England einsetzende Abwärtskrise behoben, dem gegenüber 1920 war ein Produktionsausfall von 78,7 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Der europäische Kohlenmarkt war von Vorräten entblößt worden und der Abfall wurde in der dem Streik folgenden Zeit wieder recht lebhaft. Auch Deutschland führte 1922 rund 8 Millionen Tonnen Steinkohle aus England ein gegenüber nur 600 000 Tonnen im vorausgegangenen Jahr.

Das glänzende Geschäft aber machte der englische Bergbau im Jahre 1923 während der Ruhrbesetzung. Die Förderung erreichte mit 280,4 Millionen Tonnen fast die Höhe von 1913. Der Export übertraf mit 85,8 Millionen Tonnen den von 1913 sogar um 7,9 Millionen Tonnen. Englands Exporteure hatten sich durch den Ausfall der Ruhrkohle auf dem Weltmarkt fest eingespielt und ihre gute Konjunktur hielt bis 1924 an. Da erschien der Ruhrbergbau wieder unter wesentlich anderen Bedingungen mit seiner Produktion auf dem Weltmarkt und suchte ins Geschäft zu kommen.

Anfassende Rationalisierung im Ruhrbergbau

Hatten eine Erhöhung des Förderereffekts zur Folge. Im Jahresmitte 1925 hatte der Förderereffekt im Ruhrbergbau je Mann und Schicht denjenigen von England erreicht und dann bis zum Jahreschluß ihn beträchtlich übertritten. Im gleichen Verhältnis wie die Ruhrkohle auf dem Weltmarkt vordrang, mußte der englische Export zurückgehen. Die englischen Bergwerksbesitzer versuchten zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit die Löhne

herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Der Konflikt eskalierte im Juli 1925 unvermeidlich. Da griff die englische Regierung ein und machte die Zusage,

Subventionen zu gewähren.

Es sind dann auch vom 1. August 1925 bis 30. April 1926 rund 24 Millionen Pfund Sterling oder fast 1/2 Milliarde Mark von der Staatskasse an den Bergbau gezahlt worden. Der Konflikt aber blieb latent. Er wurde nur vertagt und nicht gebannt. Der Streik im englischen Bergbau brach am 1. Mai aus und hat bis jetzt seinen vollen Abschluß noch nicht gefunden.

Die Streikwirkungen auf die Kohlenwirtschaft.

Für die Zeitabschnitte vor dem großen Streik ergeben sich folgende Förder- und Exportziffern für Deutschland und England:

Jahr	England		Deutschland	
	Förderung	Export	Förderung	Export
1924	271,4	66,6	17,9	118,8
1925	248,8	54,9	16,7	132,7
1926 (1. Quart.)	67,8	14,3	4,3	33,3

Unter dem Export sind bei Deutschland die Lieferungen nach dem Vertrag von Versailles einbegriffen. Diese Zahlen zeigen, daß die deutsche Produktion und der Export nach der Erledigung des Ruhrkampfes und seiner Nachwirkungen anhaltend gestiegen ist. Die englische Produktion und der Export gingen trotz Subventionen zurück, ein Beweis, daß diese Mittel nicht geeignet waren, die Lage zu bessern. Die Zeit der Subventionen ist auch nicht zur Umstellung des Bergbaus ausgenutzt worden. Zwar sind eingehende Untersuchungen vorgenommen und auch brauchbare Vorschläge gemacht worden, aber das Endergebnis war schließlich doch ein erbitterter Kampf.

Die Tabelle zeigt weiter, daß im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1926, also vor dem Beginn des Ruhestreiks, 22,61 Millionen Tonnen Steinkohle in England gefördert worden sind. Davon wurden 4,75 Millionen Tonnen exportiert und 1,44 Millionen als Schiffskohle abgegeben. Im Monatsdurchschnitt wurden also 6,23 Millionen Tonnen außerhalb des Landes verbraucht. Rechnet man auch nur, daß späterhin im Monatsdurchschnitt 20 Millionen Tonnen gefördert worden wären, dann hat der Streik einen

Produktionsausfall von 140 Millionen Tonnen

zur Folge gehabt. Der Durchschnittspreis stand vor dem Streik auf 18 M. pro Tonne. Daraus ergibt sich ein

Produktionsverlust von 2,52 Milliarden Mark.

Dann hat England während der Dauer des Streiks bis jetzt mindestens 18 Millionen Tonnen eingeleitet. Die Kosten hierfür werden nicht sehr weit von einer Milliarde Mark entfernt sein. Die Verluste für die Gesamtwirtschaft lassen sich noch nicht übersehen. Erst viele Monate nach dem Streik wird man sie einigermaßen berechnen können.

In den anderen europäischen Kohle gewinnenden Ländern hat der Ausfall der englischen Kohlenproduktion eine außerordentliche Hochkonjunktur zur Folge gehabt. Dafür nur wenige

Zahlen für Deutschland.

Die Förderung und freie Ausfuhr nach Ausbruch des Streiks zeigt folgende Entwicklung:

Förderung	Ausfuhr	
	Kohls	Braunl.-Brl.
1926		
April	10 086 000	237 000
Mai	10 667 000	276 000
Juni	11 756 000	284 000
Juli	13 074 000	407 000
August	12 879 000	528 000
September	12 876 000	914 000

Reparationskohlenlieferungen sind in diesen Ausfuhrzahlen nicht einbegriffen. Die Steinkohlegewinnung ist von April zu September um 2 790 000 Tonnen, d. h. um 2,17 Proz. gestiegen. Die Steigerung genügt nicht zur Befriedigung der Nachfrage. Darüber hinaus sind aber auch die Halbenbestände abgesetzt worden, die sich im April auf 8 510 000 Tonnen Steinkohle und 1 069 000 Tonnen Braunkohlenbrütsen beliefen. Wenn auch die erzielten Preise in den ersten Monaten des englischen Streiks noch nicht übermäßig hoch lagen, so sind doch in den letzten Monaten sehr hohe Preise und große Gewinne erzielt worden. Es stehen auch noch weiterhin solche in Aussicht. Die gute Kohlenkonjunktur nimmt mit dem Abbruch des englischen Streiks noch nicht ihr Ende. Sie dürfte wenigstens bis zum Frühjahr 1927 anhalten. Ob dann wieder der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen dem englischen und dem deutschen Bergbau einsetzt, wie er 1925 und auch noch 1926 bis zum Streikbeginn geführt wurde, oder man sich über den Abfall zu verständigen bemüht sein wird, muß die Zukunft lehren.

Die sozialen Auswirkungen des Kampfes lassen sich noch nicht übersehen. Nach allem, was berichtet wird, dürften sie aber keinesfalls günstig für die Bergarbeiter sein.

sondern verzichten um größerer Ziele willen gern eine Zeitlang auf sie. Kürzlich war viel von Konzentrationsplänen im deutschen Lokomotivbau die Rede. Ob sich die Schwarzkopff.-A.-G. vielleicht hierauf vorbereitet? Ob sie für diese Gelegenheit sich die 2,25 Millionen Vorratsaktien aufgespart hat?

Weiter steigende Umsätze der Konsumvereine.

Die Umsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, zu der 57 Genossenschaften für die Hälfte der Mitglieder berichten, zeigt für den Monat Oktober eine weitere sehr beträchtliche Steigerung der Umsätze. Die Bodenumsätze im Oktober sind in absoluten Ziffern ununterbrochen gestiegen, und zwar von 8,38 Millionen in der ersten auf 9,32 Millionen Mark in der letzten Oktoberwoche. Die Umsätze pro einzelnes Mitglied stiegen von 5,29 auf 5,88 M. Gegenüber dem Monat September ergibt sich eine durchschnittliche Steigerung von 5,19 auf 5,59 M. Im Vergleich mit dem Oktober des Vorjahres beträgt die Zunahme 1,02 M. oder 22,3 Proz. Diese außerordentlich große Umsatzsteigerung von fast 25 Proz. pro Mitglied im Laufe eines Jahres kennzeichnet am besten die Leistungsfähigkeit und Werbetätigkeit der Konsumvereine, die durch die Wirtschaftskrise offenbar nicht gestützt, sondern stark zugenommen hat.

Erneute Zunahme des Güterverkehrs.

Während in der ersten Novemberwoche ein leichtes Abflauen in der Verkehrsleistung der Reichsbahn festzustellen war, ist diese in der zweiten Woche wieder erheblich gestiegen und hat den bisher höchsten Stand der letzten Oktoberwoche fast wieder erreicht. Die nachfolgende Tabelle gibt die Zahl der gestellten Wagen in tausend Stück wöchentlich und pro Arbeitstag ab August und vergleicht sie mit dem Vorjahr:

	1925	1926
1. 8.—7. 8.	745,3	708,0
8. 8.—14. 8.	766,0	708,8
15. 8.—21. 8.	769,7	732,9
22. 8.—28. 8.	768,8	738,0
29. 8.—4. 9.	824,6	784,2
5. 9.—11. 9.	824,3	746,2
12. 9.—18. 9.	842,2	754,5
19. 9.—25. 9.	848,1	751,5
26. 9.—2. 10.	859,3	754,7
3. 10.—9. 10.	880,3	772,2
10. 10.—16. 10.	901,9	802,4
17. 10.—23. 10.	931,4	807,8
24. 10.—30. 10.	950,1	810,6
31. 10.—6. 11.	900,3	790,7
7. 11.—13. 11.	943,2	776,4

Die Entwicklung zeigt die Grundlagen, auf denen auch die außerordentlich günstige finanzielle Entwicklung der Reichsbahn möglich wurde, von der wir kürzlich berichteten.

Krise und Fleischkonsum.

Einen letzten deutlichen Beweis, wie die kritische Wirtschaftslage dieses Jahres den Fleischkonsum an Fleisch drockelte, liefert eine Veröffentlichung des amtlichen preussischen Bredienstes. Danach wurden in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr in Preußen weniger geschlachtet:

Ochsen und Kühe	31 000 Stück oder 9,6 %
Zugrinder	21 000 „ „ 5,9 %
Kälber	13 000 „ „ 0,7 %

Die Schlachtungen an hochwertigem Vieh gingen also stark zurück. Demgegenüber sind die Schlachtungen für Rühre um 56 000 Stück oder 9,2 Proz. vermehrt, was auch auf den Milchverbrauch in dieser Zeit einige Schlüsse zuläßt. Bei den Schweinefleischschlachtungen ergab sich 1926 eine Zunahme um 73 000. Der ungewöhnliche Stand der Fleischschlachtungen in diesem Jahre zeigt sich auch darin, daß die Schlachtungen sich um 78 Proz. gegen das Vorjahr vermindert haben. Im Vergleich zu 1913 wurden zwar 250 000 Stück Rindvieh mehr geschlachtet, die größere Ziffer aber bestand lediglich aus Jungvieh, und zwar hauptsächlich aus Kälbern; in großem Abstand gegen 1913 befinden sich noch die Schweinefleischschlachtungen, und zwar um 1 700 000 (20,7 Proz.), die Schlachtungen an Schafen um 40 000 (3,9 Proz.) und die Flegenschlachtungen um 20 000 (23 Proz.).

Dividendenloser Abschluß der Rasquin-Farbwerke. Als die Farbwerke Franz Rasquin A.-G. im vergangenen Jahre eine dividendenlose Bilanz vorlegten, wiesen wir auf die Kölner Firma hin als ein Beispiel für selbstverschuldeten Unrentabilität. Das Unternehmen, das vor dem Kriege fortlaufend eine hohe Dividende ausschütten konnte, hat bei der Aufstellung der Goldmarkeröffnungsbilanz wie so viele deutsche Firmen ihr Kapital zu hoch angelegt und ist nunmehr nicht mehr in der Lage, eine ausreichende Rente herauszuwirtschaften. Im Geschäftsjahre 1925/26 war der Abfall der Produkte, in Kunst- und Mineralfarben, nach den Angaben des Geschäftsberichts sehr unregelmäßig. Er ließ sich zuerst gut an, was dazu führte, daß die Verwaltung sich übernahm und mit dem Umschwung der Konjunktur einen großen Teil ihrer Erzeugung auf Lager legen mußte. Erst im Laufe dieses Jahres hat sich der Umsatz gebessert, eine Tendenz, die auch heute noch anhält. Wie es heißt, hat die Verwaltung sich bemüht, die Unkosten kräftig abzubauen und die Produktionsergebnisse durch äußerste Sparsamkeit und rationelle Einrichtungen zu verbilligen.

Bardinet-Liköre. Die Bardinet-Likörfabrik wurde von der Krise scharf mitgenommen, als der Bericht für das Geschäftsjahr 1925/26 erkennen lassen mochte. Der erhebliche Rückgang des Bruttoertrags von 0,43 Millionen im Vorjahre auf 0,13 Millionen fällt am stärksten in der Bilanz auf. Die Bilanz weist zwar einen kleinen Gewinn aus; in Wahrheit aber liegen erhebliche Verluste vor. Nicht nur der vorjährige Gewinnvortrag von über 14 000 M. ist verschwunden, sondern auch der Reservefonds von 180 000 M. Auf der anderen Seite sind die Guthaben erheblich zusammengeschrunken. Wie der Geschäftsbericht mitteilt, konnte der Kundenkreis gegen die Konkurrenz behauptet werden.

Stäbchenproduktion im Ruhrgebiet. Die Besprechungen zwischen den Röckner-Werken und dem Wintershall-Konzern über die Erzeugung von synthetischem Ammoniak stehen vor dem Abschluß. Die beiden genannten Konzerne werden eine große Stäbchenfabrik, wahrscheinlich in Castropp-Rauzel, im Rahmen der Röckner-Werke errichten. Das Fabrikationsprogramm enthält auch die Herstellung von Wärsdängern. Durch den Plan werden die Röckner-Werke und der Wintershall-Konzern in Wettbewerb zu der J. G. Farbenindustrie treten.

Eine neue große belgische Anleihe. Nach Brüsseler Meldungen sollen die Verhandlungen, die Belgien mit Vertretern englischer, amerikanischer, holländischer und schweizerischer Banken in London führt, kurz vor dem Abschluß stehen. Es ist die Aufnahme einer großen Prozentigen Anleihe geplant, von der 50 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten, 1,25 Millionen Pfund Sterling in England, 1,25 Millionen Pfund Sterling in Holland und 32 Millionen Schweizer Franken in der Schweiz aufgelegt werden sollen.

Berliner Maschinenbau-A.-G., vorm. Schwarzkopff.

Umstellung und Reorganisation.

Vor dem Kriege bildete die Fabrikation von Lokomotiven das Hauptgeschäft der Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. Schwarzkopff. Seitdem sich aber die Verhältnisse geändert haben und die Reichsbahn als Auftraggeber fortgefallen ist, mußte das Unternehmen den Lokomotivbau stark einschränken. Es hat statt dessen andere Fabrikate des Maschinenbaus forciert mit einem Erfolg, der aus den Worten des 30. Juni 1926 abgeschlossenen jüngsten Geschäftsjahres herauszulesen ist: „In gewissen Spezialabteilungen unseres Maschinenbaus haben wir teils gute, teils sehr gute Beschäftigung aufzuweisen.“

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so bereitet sich die Schwarzkopff.-A.-G. augenblicklich darauf vor, auch das Lokomotivgeschäft wieder stärker zu entwickeln. In den letzten Tagen hat sie einen größeren Auftragsauftrag hereinbekommen. Außerdem hat sie das Benutzungsrecht der Patente von Professor Löffler-Charlottenburg erworben, die den Bau von Hochdrucklokomotiven gestatten. Bisher hat die Reichsbahn eine Schnellzuglokomotive von 100 Atmosphären (gegenüber 12—14 Atmosphären früher) bestellt, die im Frühjahr 1927 erprobt werden soll. Die Schwarzkopff.-A.-G. hofft dann, weitere Maschinen dieser Art in Auftrag zu erhalten. Der Erwerb dieses ausichtsreichen Patents, noch mehr die starke Reserveneubildung, die, wie schon in den Jahren vorher, auch in der diesjährigen Bilanz ihren Ausdruck findet, lassen vermuten, daß die Schwarzkopff.-A.-G. die Führung in der deutschen Lokomotivindustrie zu übernehmen strebt. Der Reingewinn von 600 000 M., der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll, so daß also wie 1925 keine Dividende (vor dem Kriege waren es 15 Proz.) verteilt wird,

ist nicht als laute Wahrheit, sondern als rechnerisches Ergebnis einer Bilanz aufstellung anzusprechen, die wichtige Posten des Vermögens beträchtlich unterbewertet. So pflegt das Unternehmen gewohnheitsgemäß den Wert seiner Vorräte, die diesmal 4,6 Millionen ausmachen, sehr vorsichtig anzusetzen. Der Besitz von Wertpapieren vermehrte von 0,5 auf 1,5 Millionen M. gesteigert zu werden, wobei zu beachten ist, daß die in die Bilanz eingeleiteten Zahlen nicht dem Realwert der Effekten entsprechen. Interessant für die Beurteilung der „stillen Reserven“, über die das Unternehmen verfügt, ist, daß die Firma einen Teil ihres Grundbesitzes am Steintiner Bahnhof gegen eine Barzahlung von 1,2 Millionen M. verkauft hat, vom Bilanzkonto „Grundstücke“ aber nur 0,5 Millionen abgebucht werden, so daß demnach eine Unterwertung von 0,7 Millionen durch den Verkauf erkennbar geworden sind.

Die Schwarzkopff.-A.-G. kann selbst nicht umhin, ihre Lage als günstig zu bezeichnen. Sie schreibt: „Wenn wir im ganzen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, so beruht dies vor allem auch darauf, daß es uns gelungen ist, unsere Gesellschaft in geldlicher Beziehung flüssig und unabhängig zu erhalten. Wir verfügen auch heute noch über eigene Mittel, die uns gestatten, der Entwicklung der Dinge ohne Belangen entgegenzusehen.“ Wer die gewohnheitsmäßigen Klagen der Unternehmer kennt, der weiß, wie er eine solche Auslassung über die gute Lage des eigenen Betriebes zu bewerten hat. Es muß dann schon recht wenig zu bemängeln sein.

Daß die erzielten Gewinne nicht nach außen hin zutage treten, wird mit unserer Annahme, daß die Schwarzkopff.-A.-G. neue Pläne auf dem Gebiete des Lokomotivgeschäfts hat, in Zusammenhang stehen. Jedenfalls sind die Greffaktionäre der Firma Schwarzkopff. (Bank für Industriewerte, Berliner Handelsgesellschaft, Discontogesellschaft) nicht auf stetige Dividendenzahlungen angewiesen,

Außendebatte im Reichstag.

Die Kriegsschuldfrage. — Appell Wirths an Frankreich.

Nach Genossen Hermann Müller sprach im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung Abg. Graf zu Reventlow (Döhl.): Der Antrag auf Wiederaufstellung der Kriegsschuldfrage verkennt die Situation. Die Aufstellung der Schuldfrage ist nicht zu erreichen, solange die Dawes-Gesetzgebung, die Locarno-Verträge bestehen und Deutschland dem Völkerbund angehört. Die Politik von Genf und Thoiry ist zu einer ungeheuren Blamage für Deutschland geworden. Ueber Briand täuscht sich das deutsche Volk in weiten Kreisen heute ebenso, wie 1918 über Wilson. Trotz Briands Abrüstungsreden in Genf rüstete Frankreich immer weiter. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen können die Völkischen die Locarnopolitik und Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund nicht als gegebene völkerrechtliche Tatsachen anerkennen, mit denen man sich abfinden müsse. Die Dawes-Gesetzgebung ist die geschichtliche Schuld der Deutschnationalen Volkspartei, denn diese Partei hätte die Annahme verhindern können, wenn sie gewollt hätte.

Abg. Dr. v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) begründet kurz den von Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien unterzeichneten Antrag zur Kriegsschuldfrage. Der Redner gibt dann für die Fraktion der Deutschnationalen eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die gestrigen Ausführungen des Außenministers sind nicht geeignet gewesen, unser durch Dr. Hoelsch ausgesprochenes Urteil über die Erfolglosigkeit der durch den Namen Thoiry und Locarno gekennzeichneten Politik irgendwie zu erschüttern.“ Der Redner verurteilt dann die Flaggenhissung des deutschen Botschafters in Washington und erklärt zum Schluß, er persönlich habe zum internationalen Gerichtshof des Völkerbundes das volle Vertrauen, daß er die Kriegsschuldfrage objektiv prüfen und entscheiden werde.

Reichswehrminister Dr. Gessler:

wendet sich dann in einer Erklärung gegen die neueste Veröffentlichung des Führers des Jungdeutschen Ordens Mahraun. Wenn da von einem General gesprochen wird, der einen Kampf mit Freiwilligen gegen Frankreich unternehmen wollte, so handelt es sich um General Watter. Ihn meinte ich feinerzeit, als ich von den „Verrückten“ sprach. Er hatte tatsächlich den wahnsinnigen Plan, die jungen Leute in die französischen Bajonette hineinzutreiben. Dieser Mann ist von mir aber sofort aus der Reichswehr entfernt worden. (Rufe links: „Und bezieht heute 18 000 M. Pension!“ — Rufe rechts: „Er hätte das Ruhrgebiet befreit, Dank vom Hause Gessler!“) Wenn Herr Mahraun es so darstellt, als wenn er mich erst 1926 über diese Dinge hätte informieren müssen, so ist das falsch, darüber waren wir schon 1923 genau informiert. Oberst Nicolai, der weiter erwähnt ist, hat nach dem Kriege niemals irgendwelche Beziehungen zu uns gehabt.

Abg. Dr. Wirth (3.):

Für den Vorstoß in der Kriegsschuldfrage, den der Antrag v. Freytag bezweckt, ist kein Augenblick ungünstiger als der jetzige, denn gerade jetzt besteht in England die Absicht, durch anerkannte Wissenschaftler die Archive zu öffnen und die Kriegssachen zu untersuchen.

Den paneuropäischen Gedanken sollte man nicht mit einem Lächeln abtun wollen. Wir sehen doch, daß die Herren von rechts gar keine Bedenken haben, die Grenzen der Nation zu überschreiten, wenn es sich um die Wirtschaft handelt. Die Art und Weise, wie Thoiry und seine voraussetzlichen Wirkungen

in der deutschen Presse beurteilt wurden, war höchst unpolitisch. (Sehr richtig!) Man hört jetzt oft, Deutschland solle Präpositionen machen für die Lösung der dort angeschnittenen Fragen. Nein, Deutschland hat jetzt nur die Verpflichtung, kritisch die Auswirkung von Thoiry anzusehen. Es ist nicht unsere Aufgabe, neue Vorschläge zu machen. (Beifall.) Deutschland hat in Locarno ein politisches Opfer ersten Ranges gebracht. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Deutschnationalen haben nicht das Recht zur Kritik daran, denn sie sind mit verantwortlich für den Weg nach Locarno. (Widerpruch rechts.)

Ich habe erst jetzt wieder die Auskunft erhalten, daß damals die deutschnationalen Minister der Politik von Locarno zugestimmt haben. (Hört, hört!) Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war in gewissem Sinne ein Opfer in nationaler Beziehung, ebenso die deutsche Bereitwilligkeit, die Stabilisierung der französischen Währung zu fördern. Auch die Franzosen sollten die Größe dieser Opfer anerkennen. Nun ist es die Aufgabe des deutschen Parlaments, vor aller Welt zu erklären:

Diese Opfer erfordern jetzt auf französischer Seite ein Entgegenkommen. (Stürmischer, allseitiger Beifall.)

Wir haben jetzt abzuwarten, was Frankreich auf diese großen Opfer zu geben hat. Neben der Investigation ist dieser Winter der Prüfstein für die Politik, die wir alle machen wollen, mit Frankreich zu einer aufrichtigen, dauernden Verständigung zu kommen. (Lebhafte Beifall.) Nach dem das ganze deutsche Volk diese Opfer auf sich genommen hat, erklären wir heute:

Jetzt hat Frankreich das Wort! (Lebhafte Beifall.)

Jetzt hat Frankreich zu zeigen, ob es der europäischen Solidarität oder dem enastirischen Egoismus einer Nation dienen will. (Erneuter Beifall.) Diese Verständigung kann natürlich nur das Werk einer ganzen Generation sein, und man sollte nicht mit einem gewissen Hohn über die Mahnungen zur Geduld reden. Den Rheinländern kommt es nicht darauf an, ob da und dort ein Bataillon verlegt wird, sondern sie verlangen Politik auf weite Sicht für die deutsch-französische Verständigung. (Beifall.) Fast ein ganzes Jahrhundert ging die tiefe Kluft des Völkerbasses zwischen Frankreich und Deutschland. Wir haben die Brücken darüber gelebt und laden nun die von der anderen Seite ein, mit uns gemeinsam an dem Aufbau und an der Belebung europäischer Solidarität zu arbeiten.

Wir sind jetzt enttäuscht, aber wir haben nicht im Jaktakturs den Weg des deutschen Volkes weiter zu gehen, sondern in einer offenen Völkern der Welt klar erkennbaren deutlichen Zielrichtung.

Wir folgen jenen großen Denkern, die die Solidarität der Völker über die nationalistische Leidenschaft triumphieren lassen wollen. Wir verstehen den französischen Wunsch nach Sicherheit, aber securité pour la France hat nur einen Sinn, wenn sie nicht verbunden ist mit der nationalen Freiheit des deutschen Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 2 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter die Vorlage gegen Schmutz und Schund.

Reichsluftfahrt?

Aussprache im Ausschuss. — Die Deutschnationalen keine prinzipiellen Gegner.

In der Mittwochsitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde der Nachtrag zum Etat des Reichsverkehrsministeriums behandelt und eine große Reihe von Positionen angenommen, mit denen neue Mittel für die Fortführung bereits begonnener Arbeiten angefordert wurden. Beim Kapitel „Allgemeine Bewilligung auf dem Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens“ verlangte der kommunistische Vertreter Streichung aller Bewilligungen auf diesem Gebiete für die private Industrie, da eine Verreichlichung des Luftfahrwesens durchgeführt werden müsse.

Abg. Schumann (Soz.) ist bereit, diese Positionen zu bewilligen, da nach der Forderung der Luftfahrt-Begriffsbestimmungen die Motorenfrage einer Lösung entgegengeführt werden müsse. Er fordert aber stärkere Betätigung des Luftbeirats.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne führte aus, daß die Beteiligung an den großen internationalen Luftverkehrsverbindungen zurzeit noch leichter von privaten Gesellschaften ausgebaut werden könne als etwa vom Reich. Nachdem die Luftfahrtverhandlung mit der Gegenseite nunmehr zum Abschluß gekommen seien, werde in Zukunft der Luftbeirat häufiger zusammengerufen werden.

Abg. Dr. Quast (Dnat.) ist für später einer Verreichlichung des Luftfahrwesens nicht abgenigt, meint aber, daß eine solche zurzeit unmöglich sei, weil man sich sofort dem Vorwurf der Entente aussetzen würde, daß es sich für Deutschland dabei um Kriegsrüstungen handele.

Bei der

„Reichswasserstraßenverwaltung“

gibt der Berichterstatter Dr. Quast eine kurze Uebersicht über die in Angriff genommenen und angeregten neuen Kanalpläne und bittet zugleich den Minister um ausführlichere Darlegung seiner Pläne. In diesem Zusammenhang erörtert Dr. Quast die Beziehungen des Hansakanals zu den übrigen Kanalwünschen, die schlesischen Wünsche und die Racher Pläne. Er betont, daß nach seiner Ansicht auch ungünstiger gelegene Gebiete nicht verkümmern dürften, sondern man müsse sie an das Gesamtverkehrsnetz anschließen. Technisch wie mit dem Osten und mit Schließensiehe es mit den süddeutschen Gebieten. Auch die Gebiete, die weniger Renten abwürfen, müssen als Teile eines einheitlichen deutschen Reichsverkehrsplanes betrachtet werden. Der Hansakanal dürfte nur dann gebaut werden, wenn auch für den Osten und den Westen etwas geschehe.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne

macht die Ausführungen des Berichterstatters auch zu den seinigen und erklärte, für ihn und sein Ministerium sei bei der Betrachtung aller Kanalfragen die Grundlage jener Beschluß des Verkehrsausschusses, wonach die Voraussetzungen für die Schaffung neuer und den Ausbau bestehender Wasserstraßen das Vorhandensein maßgeblichen volkswirtschaftlichen Bedürfnisses und ein gekundenes Verhältnis zwischen Kostenaufwand und volkswirtschaftlichem Ertrag sein müsse. Man dürfe bei neuen Wasserstraßen nicht die rein kapitalistische Berechnung aufstellen, was sie für sich kosten und was sie für sich einbringen. Nur der allgemeine volkswirtschaftliche Nutzen dürfe in Betracht kommen.

Es wurde sodann eine Resolution von Dr. Quast angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, baldmöglichst Gegenanträge der Reichsbahn-Gesellschaft vorzulegen, die geeignet sind, die in Frage kommenden Verkehrsbedürfnisse in gleicher Weise zu befriedigen.

... seit Jahren
Kaffee Hag und
ich fühle mich wohl
dabei!



Bei einer Tasse Kaffee Hag legte er uns folgendes Bekenntnis ab:

Es ist schon viele Jahre her, da mußte ich mich entschließen, das Kaffeetrinken ganz aufzugeben. Ich hatte keine andere Wahl. Schlaflose Nächte und wachsende Nervosität warnten mich. Ich merkte, irgend etwas, was ich nicht finden konnte, spielte Fangball mit meiner Gesundheit. Mein Arzt sagte mir, es sei das Coffein und verbot mir das Kaffeetrinken. Ein Ersatzmittel nach dem anderen versuchte ich. Keines hatte den vollen, reichen Duft und den reinen Geschmack des Kaffees, und keines gewährte mir die Befriedigung, die ich bisher im Kaffeegenuß gefunden hatte. Da lernte ich Kaffee Hag kennen. Seit dem Tage trinke ich wieder wie früher Kaffee mit vollem Genuß und bin glücklich, daß mir „Hag“ ohne Schädigung meiner Nerven die anregende Wirkung gewährt, die ich nach dem Verzicht auf das Kaffeetrinken so schmerzlich entbehrt hatte. Keine Schlaflosigkeit stellt sich ein, keine Nervosität stört mich. Im Gegenteil, obwohl ich seit Jahren täglich spät abends 2 bis 3 Tassen Kaffee Hag in stärksten Aufgüssen trinke, finde ich festen und erquickenden Schlaf und fühle mich wohl dabei.

Mein Arzt hat also recht gehabt. Kaffee Hag beseitigt das einzige Bedenken, das jemals gegen echten Kaffee geäußert werden konnte, denn das Coffein ist daraus entfernt. Kaffee Hag ist also kein Ersatzmittel, sondern der ergiebigste Bohnenkaffee, den ich je probiert habe. Er besteht aus den feinsten zentral- und südamerikanischen Kaffeesorten und hat das anregende Aroma und den besonderen Geschmack der allerfeinsten Qualitätskaffees. Das ist Hag! Überzeugen Sie sich selbst, holen Sie sich ein Paket Kaffee Hag. Der Preis von RM. 2.— ist wohl angewendet, denn es geht um Ihre Gesundheit und um das Wohlbefinden Ihrer Hausgenossen. Lassen Sie Kaffee Hag reichen, ohne besonders darauf aufmerksam zu machen. Niemand wird merken, daß Sie ihm anderen Kaffee als sonst vorsetzen, höchstens wird es den Feinschmeckern auffallen, daß der Kaffee noch nie so gut gemundet hat. Probieren Sie Kaffee Hag, es wird Ihr Vorteil sein.

Gültig bis 30. November 1926

An die **Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft** Bremen

Einlegend 40 R.-Pfg. in Briefmarken. Ich bitte um Zusendung einer Probepackung Kaffee Hag.

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____

Champion.

Von Paul Sig.

Als Timmermann seinen „epochemachenden“ olympischen Sieg errang, wurde er plötzlich Gegenstand genealogischer Betrachtungen. Nicht nur die nationale, — die Presse aller Kontinente beschäftigte sich mit ihm. Sein Ruhm reichte von Hertogenbosch bis Sydney. Die Berichterstatter entdeckten wunderbare Zusammenhänge. Bemerkungen wie: „Schon als fünfjähriger Knabe pflegte er im Flügel über alle Gräben zu sehen.“ „Mit zwölf Jahren erblühte er im Läufer von Marathon sein erhabenstes Vorbild“ waren an der Tagesordnung. Aber auch seinen Vorfahren wurden dergleichen Tugenden nachgerühmt, namentlich jenem Feldherrn Timmermann, der nach der Schlacht bei Rook im Dauerlauf die erste Runde vom Falle der Kaffauer nach Hertogenbosch brachte.

Kurz, Timmermann wandelte sich vom Namen zum Begriff. „Der läuft wie Timmermann!“ ward zur lebendigen Redensart. Junge Mütter, wenn sie die Arme ausbreiteten, um die ersten Schritte ihrer Kleinsten zu überwachen, riefen selig: „D, mit soet Timmermannschel!“

Seit Piet Voaltjens hatte in den Niederlanden kein Name solche Volkstümlichkeit erlangt. Es versteht sich von selbst, daß die Königin ihn eigenhändig zu seinem weitbewegenden Sieg beglückwünschte und schalkhaft durchblicken ließ, daß es ihr eine große Freude sein werde, bei seinem künftigen Erstgeborenen Pailin zu stehen. Die Rückkehr von der Olympiade nach Hertogenbosch gestaltete sich zum Volksfest. Timmermann wurde vom Bahnhof im Triumph zum Rathaus getragen, wo ihn der Schultheiß in begeisterten Ansprache als Helden der Stadt willkommen hieß. Er wußte nicht, wie ihm geschah. In allen Auslagen waren Bilder des berühmten Läufers zu sehen. Das originellste zeigte ihn im Schoße der Familie. Als dreizehntes Kind (Ironie des Uberglaubens!) eines spindebürren Schneidermeisters und dessen rundlicher Gattin war er bis dato dem väterlichen Berufe treu geblieben. So viele Hertogenboscher liefen in Hofen herum, die der gelehrte Champion genötigt und gebüßelt hatte. Ein anderer als der übliche Fettglanz lag auf diesen Kleidungsstücken. Die Schneiderei Timmermann nahm denn auch einen ungeahnten Aufschwung, obwohl der neugebackene Weltmeister nicht länger mit gekreuzten Beinen auf dem Labentische saß. Schon war er umworben von amerikanischen Filmgesellschaften, und nur sein echt niederländischer Bürgerstolz hielt ihn davon ab, den fünf- bis sechsstelligen Dollarladungen Folge zu leisten. Hatte er nicht ohnedies herrliche Ausichten?

Einen Monat später ereignete sich die Katastrophe. Unerwartet, das heißt, sämtliche Zeitungsschreiber, gaben seine fulminante Niederlage gegen den Kanadier D. Hara Pingpong als Ursache an. In Wahrheit lief es auf eine stumpfe Liebesgeschichte hinaus. Timmermann hatte einen Schulfreund Oliver van der Putte, der den Hertogenboscher Goldschmiedslehrling angehörte. Ihm verdankte der ehemalige Schneiderlehrling seine sportliche Ausbildung. Oliver verfuhr den Freund erst für das Bogen zu interessieren. Als er ihn durch die Arbeit am Pundhing-Ball genügend vorbereitet wählte, forderte er Timmermann eines Tages zum Kampfe heraus, in den dieser nur zögernd einwilligte. Um das zaghafte Bürschchen zu reizen, brachte er ihm gleich einen zünftigen Rinnhaken bei. Die Wirkung war verheerend. Der Anfänger taumelte an die Wand, spuckte Blut und fiel in Ohnmacht. Hierbei erreichte ihn kein Schicksal in Gestalt der Jungfrau Virginia van der Putte, die sich um den Ohnmächtigen mühte und ihm, als er die Augen juchend wieder aufmachte, eine noch weit gefährlichere Wunde schlug. Wie aber hätte ein Schneidergefelle die Liebe der vornehmen Sportlady gewinnen sollen?

Da fehlte ein, was in keinem Lebensabriß zu finden war: ein heroisches Ringen mit seines Körpers Erbärmlichkeit. Faustkampf? Nein. Dazu war er entschieden zu schwach. Aber weshalb sollte er es nicht mit seinen Beinen wagen? Leichtfüßig gleich einer Gazelle, verfuhrte er kein Heil mit Laufen. Er hätte es wohl auch als Rodelkünstler probieren können. Was aber war in den Augen eines Mädchens von heute selbst ein Voltrei im Vergleich zu Carpentier? Von anderen Künstlern gar nicht zu reden!

Bald sah ihn die reizende Putte mit ganz anderen Augen an, und zweifellos hätte er sein höchstes Ziel erreicht, wenn nicht zur Unzeit Pingpong's Herausforderung gekommen wäre.

„Sie werden den Kanadier schlagen, nicht wahr? Ach, bitte, bitte, mir zu liebe,“ drang Virginia grausam, refordulstern auf den jüngsten Helden der Arena ein, der sich so gerne einige Zeit umstritten der Sonne seines Ruhmes erheben hätte. Statt erst sein Glück zu starten, ihr Lächeln zu entgegnen: „Nach unserer Hochzeit, ja!“ trotz der unfehlbar schweren Herzen gegen seinen gefährlichsten Rivalen an. Das Handicap war zu groß, denn Pingpong kämpfte ja nur um den Weltmeistertitel, den er spielend gewann. Timmermann brach vor dem Ziel kläglich zusammen. Er lehrte nicht mehr nach Hertogenbosch zurück. Der stolzen Virginia van der Putte vor die Augen zu kommen, durfte er vollends nicht wagen. Sie hätte ihn vielleicht mitleidig gefragt: „Gedenken Sie wieder in die Wertstatt Ihres Vaters einzutreten?“ Um den eben noch himmelhoch Geseherten entstand ein fürchtbares Vakuum. Selbst die Füllleute wollten nichts mehr von ihm wissen. Was machte gar die Königin, der Schultheiß seiner Vaterstadt, von ihm denken? Sie transit gloria mundi.

Wie schnell vergeht die Welt ihre Favoriten. Zwei Wochen nach seinem selbstgewählten Tod (er hängte sich auf!) sprach niemand mehr von Timmermann.

Neues Mittel gegen die Zuckerkrankheit.

Von San.-Rat Dr. Max Picardi (Berlin).

Wie war in Köln. Wenn vor einigen Hunderten von Jahren ein Mannlein oder Weiblein ernstlich krank wurde und sich an einen Medizinergelehrten wandte mit der Bitte, ihm zu helfen, so gehörte zu den Mitteln, mit denen dieser versuchte dem Wesen der Erkrankung näher zu kommen, auch — genau wie heute — die Untersuchung des Harns. Aber er hatte nur zwei Mittel ihn zu prüfen: sein Ansehen — es sind zahlreiche Bilder großer Meister bekannt, die uns solche „Harnbeschauer“ demonstrieren — und — furchtbarer Gedanke: ihn zu tosten! Welch ungeheurer Weg von dieser in wissenschaftlicher wie ästhetischer Beziehung so primitiven Methode zum heutigen Wissen und Können auf diesem Gebiet.

Und dennoch: man war schon damals, und gerade mit dieser Methode, in der Lage eine Krankheit zu erkennen, in deren Wesen man erst seit noch nicht 50 Jahren eingedrungen ist: die Zuckerkrankheit. Bis zu diesem Zeitpunkt — dem Jahre 1889 — kannte man wohl die Symptome, wußte man — aber auch das erst damals etwa 50 Jahre —, daß man die Erkrankung, der viele Menschen

zum Opfer fielen, durch eine Diät angreifen könne und müsse; aber in diesem Jahre erfuhr man durch die Großtat zweier deutscher Forscher — Mintowsky und von Mehring in Straßburg —, daß der „Süß“ der Erkrankung die irgendwie gestörte Bauchspeicheldrüse ist, ein unter und hinter dem Nagen gelegenes Organ, dessen in den Darm gelangender Drüsenfakt das Hauptagens der Verdauung ist. Rahm man einem Tier die Drüse heraus, wurde es zuckerkrank, wenn auch nur wenige Stunden — denn dann starb es; nahm man ihm einen Teil, blieb es am Leben, wurde aber zuckerkrank. Und so erfuhr man in stetigem Fortschritt, daß diese Drüse das wesentliche Organ für die Bewertung des zu verdauenden Zuckers und die Mehle ist, wenn auch nicht durch jenen Verdauungsfakt, sondern ein zweites von ihm produziertes Substrat. Vor wenigen Jahren haben dann zwei Forscher in Toronto in Kanada die Konsequenz der Gesamt-

Das neue Kreditssystem.

In Berliner Geschäften wird jetzt ein neues Kreditssystem eingeführt.



Reichskanzler Marx: „Bedauere vielmals, Herr Hergt, Ihnen kann ich keinen Kredit mehr geben, Sie haben Ihre Partei schon bei der Dawes-Abstimmung um allen Kredit gebracht!“

resultate der Kreuzzeit gezogen und aus den in der Zwischensubstanz der Zellen der Drüse gelegenen „Anseln“ — die ebenfalls ein Deutscher, Langerhans, entdeckt hatte — einen „Saft“ dargestellt — das inzwischen weltberühmt gewordene „Insulin“, das heute, in Händen aller Ärzte der Kulturwelt, die Behandlung der Zuckerkrankheit insoweit umgewandelt hat, als man, wenn auch unter strenger Einhaltung individuell angepaßter Diät, folgende großen Leistungen für den Kranken aufweist: Es kann in schweren Fällen, die vormals absolut verloren waren, Hilfe bringen; es kann aus „schweren“ Fällen leichtere machen; es kann die Fähigkeit, Mehle usw. — die sogenannten „Kohlenhydrate“ — zu verarbeiten, heben, so daß der Patient im Lauf der Zeit mehr als vorher an diesen Substanzen schadenlos zu sich nehmen darf. Das sind ganz enorme Dinge und des Nobelpreises wert, den die Entdecker und Erfinder dafür erhalten haben.

Jedoch — und nun kommt vorläufig noch das „Aber“: es hatte zwei Nachteile in sich: nur zwei, aber sie wiegen doch. Erstens: das Insulin war sehr teuer und ist es — trotz Reduktion des Preises auf etwa den sechsten Teil des Beginns — auch heute noch, und zweitens: es muß eingespritzt werden, weil es anders nicht wirkt — und das mehrere Male am Tage.

Aus diesen praktischen und vielen wissenschaftlichen Gründen ist es daher wieder einmal ein fundamentaler Fortschritt — der wieder einmal einem deutschen Forscher zu verdanken ist: Prof. Frank in Breslau, einem Assistenten eben jenes Mintowsky, den wir oben gepriesen —, hat auf einem vom bisherigen ganz abweichenden Wege eine Substanz gefunden und ausgeprobt, die diese beiden Nachteile ausschaltet. Ein durch chemische Ueberlegungen gewonnenes, in einer Berliner Großfabrik hergestelltes und in einigen dazu berufenen Kliniken in langer mühsamer Arbeit ausprobiertes Präparat, das mit dem Insulin an sich gar nichts zu tun hat: das „Synthalin“ — diesen Namen hat es in der wissenschaftlichen Sprache längst erhalten — leistet folgendes: es ist nur etwa ein Drittel so teuer wie zuletzt und jetzt das Insulin und — es wird vom Mund aus genommen wie jedes andere Medikament; das Spritzen fällt völlig weg.

Von jetzt ab ist es dem Publikum in den Apotheken zugänglich, und damit wird eine neue große Ära der Behandlung der Zuckerkrankheit beginnen. Aber — wieder ein „Aber“: jedoch der verantwortungsvolle Arzt darf nicht einseitig Enthusiast sein — er darf ein enthusiastischer Therapeut sein, aber nicht ein therapeutischer Enthusiast — man gebe sich nicht der Hoffnung hin, daß nun ein jeder Zuckerkranker „geheilt“ ist, wenn er ein paar Tabletten genommen hat und daß er essen kann, was er will, und daß er ohne ärztlichen Rat „seinen“ Lebenswandel gehen darf. Davon ist keine Rede: Seine Diät muß ihm nach wie vor auf den Leib geschrieben werden; die ganz besonders schweren Fälle eignen sich vorläufig noch nicht für das „Synthalin“, weil es in größeren Mengen genommen sogenannte „Nebenwirkungen“ hat, die einen Schaden stiften können, den der Nutzen nicht aufwiegt. Nur der Arzt kann im Einzelfall entscheiden, ob der Fall für die „Synthalin“-Behandlung sich eignet; nur er darf und kann die Dosierung bestimmen, und nur er — nicht etwa die beliebige „Apothekenanalyse“, die den an sich ganz gleichgültigen „Prozentsgehalt“ an Zucker bestimmt, nur er darf und muß die Verantwortung tragen. Mit dieser aber wird er der Menschheit sehr, sehr viel mehr Gutes tun, als er es bisher trotz Wissens und Könnens imstande war.

Das Museum des Mars.

Von Willy Weg.

Im zweiten Bande von Lothwigs berühmten Marsroman „Auf zwei Planeten“ ist ein Kapitel dem auf dem Mars befindlichen „Erdmuseum“ gewidmet. Wer den Roman kennt, weiß, wie meisterhaft das Museum dieser unsicher tosenden Wissenschaftsgeschichte ist. Ein irdisches Gegenstück kannte der Autor ja noch nicht.

Aber das war 1897, als der Roman geschrieben wurde. Damals sah man die (heute bestrittenen) Marsbewohner als eine um Jahrtausende vorgeschrittene Rasse an. Sei das nun, wie es ist — auf jeden Fall ist das Erdtempo schneller. Seit 1897 sind noch nicht

hunderttausende verfloßen — aber die Erde hat ihr Marsmuseum. Es befindet sich im astronomischen Museum, das wieder in den Räumen der Treptower Sternwarte seinen Platz gefunden hat.

Man steht in etwas gehobener Stimmung — das Wort „Marsausstellung“ wirkt auch auf nüchternen Gehirne, am Eingang des Saales. Von den Wänden grünen große Bilder des bekannten Sternes zum Willkommen, ringsherum stehen Apparate, die den Lauf der Gestirne veranschaulichen, und in Glasstränken liegen die Bücher und Bilder, die im Lauf der Zeiten über den Nachbar im All veröffentlicht wurden.

Der Führer erläutert das Material, erzählt, daß der Mars etwas mehr als halb so groß sei wie die Erde, daß seine Atmosphäre der unfrigen in etwa 16 Kilometer Höhe entspreche, daß die Pole Eiskappen tragen wie unsere. Der Tag ist nur eine halbe Stunde länger, daß Jahr 687 Tage lang. Zwei Monde hat der Mars, Phobos und Deimos, jeder etwa 10 Kilometer im Durchmesser haltend. Auf der Erde betrage die Durchschnittstemperatur + 15 Grad Celsius, für den Mars gab Archentius — 17 Grad an. Das ist entschieden zu wenig. Wenn auch die Durchschnittstemperatur nahe am Gefrierpunkt liegen mag, so rechnet man doch für den Marsquator eine Tageswärme von + 14 Grad. Nachts kühlt sich allerdings wegen der dünnen Luft die Oberfläche stärker ab, als es auf der Erde der Fall ist.

Besonders danken muß man es der Leitung der Ausstellung, daß sie fast alle Marsliteratur der Welt zusammengedrückt hat. Die ältesten, noch vor Erfindung des Fernrohrs geschriebenen, deutsch oder in ehrwürdigem Latein verfaßt, beschäftigten sich mit der astronomischen Bedeutung. Im ältesten Buch der Sammlung, 1595 nach arabischen Quellen gedruckt, ist er als Kriegsgott dargestellt mit dem Bers:

Zu streit un onseuberfent bin ich bereit
Als auch alhier erzeugt mein kriegdt,
Weine kind machen mannigen heß,
Sy wissen nit wie warumb oder was.

Bald beschäftigte sich auch die ernste Wissenschaft mit dem Nachbarplaneten. 1609 erdichtete das Kepler-Buch: De motibus stellae martis, in dem Kepler seine ersten beiden Gesetze aufstellte und sich theoretisch darüber klar wird, daß wir manchmal Stücke der Nachtsseite des Planeten zu sehen vermögen, er uns also nicht völlig kreisrund erscheint.

Dann kommt das erste Fernrohr und mit ihm Galilei. Galilei sah auf der Marsoberfläche nichts — wie mir der Sohn des Leiters der Warte, Dr. F. S. Krönerhald, erzählte, hat man seine Beobachtungen nachgemacht und festgestellt, daß man mit seinen Rohren wirklich nichts erkennen kann. Die erste Marszeichnung mit Flecken stammt von Fontana. (1636, doch ist der Fleck wahrscheinlich nur ein Fehler des damaligen Fernrohrs), auch war Fontana der erste, der die Phasen des Mars — allerdings stark übertrieben — zeichnete.

Soweit die Geschichte der Forschung. Augenblicklich bildet sich auf dem Marsnordpol eine Eiskappe, während sich die Südpolcalotte in schönster Auflösung befindet.

Als jemand die längst erwartete Frage nach den Bewohnern des Mars stellte, meinte der Führer lächelnd: „Es ist möglich, daß Leben da existiert. Und wäre die Luft etwas dünner, aber wahrscheinlich würden Marsbewohner, wenn es solche geben sollte, wegen der dicken Erdoberfläche nicht an eine belebte Erde glauben.“

Ein Mars am Hof Zwans des Schrecklichen.

In den Archiven des Moskauer Kreml ist soeben eine Aufzeichnung über einen Flugversuch entdeckt worden, der am Hofe des Zaren des Schrecklichen im Jahre 1580 stattgefunden hat. Der Chronist beschreibt diese merkwürdige Begebenheit folgendermaßen: Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich vor der Kirche in der Moskauer Aljandrostaja Sloboda versammelt. Oben auf dem Kirchturm stand Nikifora, der Knecht des Bolaren Lupatow. Dieser Nikifora hatte dem Zaren melden lassen, daß er vom Kirchturm herabfliegen werde, ohne sich dabei zu verletzen. Der Zar hatte zu diesem Schauspiel die englische Gesandtschaft eingeladen und versprochen, persönlich zu erscheinen. Von weitem sah man einen Strahlen, der mit lauter Stimme die Ankunft des Zaren meldete. Zwan kam in einem Schlitzen, der von sechs Pferden gezogen wurde. Er bestieg den mit kostbaren Pelzen belegten Thron und war zuerst sehr ungelassen darüber, daß seine Gattin noch nicht da war. Bald erschien auch der Schlitzen Ihrer Majestät, der mitten in die Menschenmenge hineinfuhr. Der Zar lachte, als er den Schreden der Leute sah, und drohte der Jarin scherzend mit dem Finger. Die englische Gesandtschaft, die hinter dem Thron stand, entbande zum Zaren einen Dolmetscher. Dieser troch auf den Knien zum Thron heran und meldete, daß die Engländer sich weigerten, einen Schauspiel, das den sicheren Tod eines Menschen bedeute, beizuwohnen. Der Zar antwortete kein Wort, sondern stieß die messerscharfe Spitze seines Stabes in die Schulter des Boten, der blutüberströmt zusammenbrach. Dann gab der Zar dem wartenden Nikifora ein Zeichen. Der Knecht hatte sich große Flügel angelegt. Auf den Hint Zwans betruugte er sich und stürzte sich in die Tiefe. Die Menge schrie vor Entsetzen auf. Aber es geschah ein Wunder: aus seinen Händen wuchs ein riesengroßer Flüg. Wahrscheinlich war es ein primitiv konstruierter Fallschirm. Zum großen Staunen der Zuschauer konnte sich der Knecht tatsächlich wie ein Vogel in der Luft halten und landete unverletzt am Boden. Die Engländer eilten zum Thron und gaben ihrer Bewunderung Ausdruck. Der äußerst gutgelante Zar sogte zu keinem Verdrotanien: „Ich möchte wissen, ob ein solches Wunder im Lande der ungläubigen Engländer möglich ist.“ Nikifora strotzte und wurde von den Leuten auf den Schultern herumgetragen. Dann rief der Zar mit lauter Stimme: „Die verfluchten Engländer sollen den Moskauer Zaren beneiden.“ Wählich aber wurde sein Gesicht finster. Er nahm seinen pelzbrämten Hut ab, betruugte sich und sogte mit erlicher Stimme: „Das ist nicht Gottes Wert.“ Er stieß den Stab auf und befahl, Nikifora vorzuführen. Zwei Trabanten stießen den Unglücklichen auf die Knie und schleppten ihn vor das Antlitz des Despoten, dessen Gesicht dunkelrot vor Wut geworden war. „Sieh Dir das Kreuz an,“ schrie der Zar, „der Mensch ist kein Vogel und darf keine Flügel haben.“ Dann sogte er mit furchtbarer Stimme hinzu: „Sagt ihn sofort köpfen!“ Nikifora wurde fortgeschleppt, und vor der Kirchtür wurde ihm mit einem krummen Säbel der Kopf abgeschlagen. Der englische Gesandte wollte aber den seitamen Apparat taufen. „Er ist schau,“ sogte der Zar und befahl dem Verdrotanien: „Die Flügel, die vom Teufel erdacht sind, werden morgen nach der Messe öffentlich verbrannt.“

Totenpflanze als Straßenschmuck. Die reichgeschneiderten Totenpflanze der ausgestorbenen Indianerstämme sind nicht nur als Zeugnisse der Religion dieses Volkes, sondern auch als Kunstwerke von Bedeutung, und man ist glücklich, wenn man bei uns einen solchen Pfahl für das Museum erhält. Der Direktor des kanadischen Staatsmuseums, Harlan S. Smith, hat nach einem Bericht der „Umschau“ angeordnet, daß die indianischen Totenpflanze durch Imprägnieren weiterverarbeitet und dann an den Straßen und Bahnhöfen aufgestellt werden. Er hat kein rechtes Zutrauen zu dem Museumsbesuch der Bevölkerung und will daher die Betrachtung dieser Denkmäler erleichtern. Es sind bisher 17 solcher Pfähle aufgestellt worden, und demnächst sollen an den Bahnhöfen 33 dieser interessanten Zeugnisse der amerikanischen Geschichte sich erheben. Vom fahrenden Zug aus kann man also dann die sonst in den Museen verborgenen Sehenswürdigkeiten bewundern, und im Auto kann man in kurzer Zeit an den Pfählen vorbeifahren, von denen mehrere hundert als mächtig als Straßengeräte aufgestellt werden sollen.

